
Zur Behindertenpolitik der Partei *DIE LINKE*

Heft 8

**GESELLSCHAFT
GEMEINSAM
LEBEN**

*Die 6. Behindertenpolitische Konferenz der Partei
DIE LINKE
vom 14. bis 16. September 2007*

INHALT

Vorwort

Christian Schröder..... 05

Grußwort

Behindertenpolitik mehr in den Mittelpunkt

Kerstin Lauterbach 07

Die Referate

Prolog

Christian Schröder..... 09

Chancengleichheit -

Menschenbild und Gesellschaftsentwurf

Prof. Dr. Ernst Luther..... 14

Das Menschenbild im Spiegel

demokratischer und sozialer Entwicklung

Irene Müller..... 43

Emanzipation: Ethik der Nicht-Ausgrenzung

Dr. Ilja Seifert..... 53

Wir fordern eine menschliche Gesellschaft

Ralf Sondermeyer..... 63

Die Beiträge

DIE LINKE in der Pflicht <i>Britta Pietsch</i>	73
--	----

Flexibel genug für die Vielfalt? Von „Minderheiten“ zum Diversity Mainstreaming <i>Susanne Baumstark</i>	76
--	----

Chancengleichheit - zwischen Wunsch und Realität <i>Maik Nothnagel</i>	84
--	----

Ein Eindruck <i>Maik Nothnagel; Carola Stange</i>	94
---	----

Die Programmpunkte

<i>Die behindertenpolitischen Programmpunkte der Partei DIE LINKE Ergebnis der Konferenz</i>	96
--	----

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem Heft 8 lassen wir die 6. Behindertenpolitische Konferenz, die in Rothenburg/Sachsen vom 14. bis 16. September 2007 stattfand, für all jene Revue passieren, die nicht teilnehmen konnten.

Ziel war es, und ich glaube, daß wir dieses auch erreicht haben, unserer Partei DIE LINKE für ihr künftiges Programm und für unsere weitere Arbeit Schwerpunkte für behindertenpolitische Aussagen vorzulegen und Anregungen zu geben.

Ob nun Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit, ob Integration oder Inklusion, ganz gleich, welche Begriffe wir für unser Anliegen suchen, finden und benützen, im Mittelpunkt bleibt der Mensch und die Forderung nach gleichberechtigter und selbstbestimmter Teilhabe am Leben.

Das gilt für alle Menschen, ob alt oder jung, ob Frau oder Mann, ob behindert oder nichtbehindert, ob psychisch oder chronisch krank.

Unser Anliegen ist es, nach Verständigung zu streben und dazu gehört, daß wir verständlich sind.
Anders gesagt, daß unser Anliegen verständlich ist.

So gehört zu diesem Anliegen und seines Verständnisses, daß anerkannt wird, daß Behindertenpolitik Querschnittsaufgabe ist.

Belange von Menschen mit Behinderungen werden von fast allen Politikfeldern beeinflusst, weswegen wir unermüdliche

einfordern, daß Behindertenpolitik Einfluß auf andere Politikfelder nehmen muß.

Nun wird von Seiten der Politik vom Paradigmenwechsel, der bereits vollzogen sei, gesprochen, weil moderne Begriffe der emanzipatorischen Behindertenbewegung zur Selbstverständlichkeit im Sprachgebrauch, vor allem der Gesetzgebung, gehören würden.

Darin sehe ich noch keinen Paradigmenwechsel, zumal die Lebensbedingungen, nicht nur von Menschen mit Behinderungen, noch immer vom Vergleich von Kosten und Nutzen geprägt sind.

Die Konferenz konnte solche und ähnliche Gedanken nur anreißen, es zeigte sich aber, daß uns bewusst ist, wie viele Problemkreise zu bewältigen und wie wir gefordert sind.

Deshalb sind wir überzeugt, daß uns die Unterstützung der Partei dabei auch weiterhin die Kraft geben wird, um einen wirklichen Paradigmenwechsel zu erreichen.

Ohne die Unterstützung des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE wäre auch diese Konferenz nicht durchzuführen gewesen, weswegen wir an dieser Stelle allen Beteiligten danken.

Ebenso danken wir Prof. Dr. Ernst Luther, dessen Referat uns die Sicht anderer, gleichfalls Betroffener, darlegte und auch dafür, daß er die gesamte Konferenz begleitete und zur Verfügung stand.

Als Letzten, dafür aber um so herzlicher, gilt unser Dank dem Martinshof, in Person vom Diakon Andreas Drese und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns den Aufenthalt in der Diakonischen Einrichtung ermöglichten und uns mit Tat und Kraft zur Verfügung standen.

Oktober 2007

Behindertenpolitik mehr in den Mittelpunkt

Kerstin Lauterbach

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

mein Name ist Kerstin Lauterbach.

Ich bin gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei in Sachsen.

Und in dieser Funktion bin ich heute hier.

Ich bin beauftragt, und das tu ich sehr gern, Euch die Grüße des Sächsischen Landesvorstandes der Linkspartei und ganz besonders die Grüße unserer Landesvorsitzenden Dr. Cornelia Ernst, zu überbringen.

Viele Genossinnen und Genossen sind heute in Berlin und treten ein für den Frieden, gegen die Weiterführung des Krieges in Afghanistan und können heute nicht hier sein.

Als neu gewählter Landesvorstand werden wir uns auch zukünftig noch mehr den Aufgaben der Behindertenpolitik widmen. Das ist eine Aufgabe des Landesvorstandes Sachsen, die wir sehr ernst nehmen und es ist eine Schwerpunktaufgabe für mich im Landesvorstand. Diese habe ich sehr gern übernommen.

Die Behindertenpolitik mehr in den Mittelpunkt des täglichen Lebens zu rücken, muss unsere Aufgabe sein. Aber schon viele Begriffe sind den Menschen fremd. Was heißt es, als behinderter Mensch ein selbstbestimmtes Leben zu führen? Was heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben? Ich habe das einmal ganz praktisch ausprobiert.

Im Landkreis Riesa-Großenhain gibt es einen Wegweiser für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Ich musste feststellen, dass es in meinem Landkreis sehr viele Mobilitätseinschränkungen gibt. Denn schon dieser Wegweiser schließt blinde Menschen aus. Kino, Gaststätten, Augenärzte – keine Chance. Es ist oft nur eine eingeschränkte Teilhabe möglich.

Mein Wunsch ist es, eine Facharbeitsgruppe „*Gesundheit und Behinderung*“ arbeitsfähig zu gestalten. Wir haben uns deshalb auf unserem letzten Landesparteitag in Chemnitz die Gründung dieser Facharbeitsgruppe auf die Fahne geschrieben.

Meine und unsere Aufgabe ist es nun, diese Arbeitsgruppe mit Leben zu erfüllen, Schwerpunktthemen der Behindertenpolitik und der Gesundheitspolitik zu erarbeiten, mit Inhalten zu füllen, diese in die Öffentlichkeit und in den parlamentarischen Gang zu transportieren.

Ihr könnt der Arbeitsgruppe natürlich gern Eure Unterstützung geben.

Im UNO-Jahr für Chancengleichheit ist die Behindertenpolitik ein Stück in den Mittelpunkt gerückt. In unserer Partei „DIE LINKE“ war und ist das Thema Chancengleichheit eine Selbstverständlichkeit und gehört zur täglichen Arbeit.

Jetzt möchte ich, besonders im Namen unserer Landesvorsitzenden Dr. Cornelia Ernst, der 6. Behindertenpolitischen Konferenz unter dem Motto „*Chancengleichheit – Menschenbild und Gesellschaftsentwurf*“ einen erfolgreichen Verlauf wünschen.

Ich wünsche uns viele nette Begegnungen, interessante Gespräche und gute Erfahrungsaustausche. Die Themen der Veranstaltung versprechen auf jeden Fall eine Bereicherung zu werden.

Für uns, die AG, ist es die 6. behindertenpolitische Konferenz.

Ich erlaube mir erst einmal einen kurzen Rückblick.

Die AG wurde in der Wendezeit 1990/91 als AG des Parteivorstandes und somit der damaligen PDS mit einem Parteitagsbeschluß gegründet.

Allein über den Anfang könnte eine einwöchige Konferenz abgehalten werden.

Die Tatsache, daß seit Beginn in der PDS Menschen mit Behinderungen in den verschiedensten Gremien, in Kreis- und Landtagen und im Bundestag ihren Selbstvertretungsanspruch umsetzen und bewußt und gezielt leben konnten, hat auch dazu beigetragen, daß die Politik der PDS an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz im Laufe der Jahre gewann.

Es war jedoch kein Widerspruch zum Selbstvertretungsanspruch, als mich die AG 1995 zu ihrem Sprecher wählte.

Wir wollten Gleichheit, wir wollten Gemeinsamkeit, denn die Gemeinsamkeit von Menschen mit und ohne Behinderungen verleiht den berechtigten Forderungen behinderter Menschen Nachdruck und hilft, Lösungen zu finden.

1997 fand in Berlin die erste behindertenpolitische Konferenz statt.

Wohl hatten wir uns am Ende der ersten Konferenz mit der Verpflichtung verabschiedet, alle zwei Jahre eine solche durchzuführen, daß wir es bis heute auch tatsächlich geschafft haben und nun die 6. beginnen können, zeigt, daß die Akteure der AG mit dankenswerter Unterstützung des Parteivorstandes

von der politischen Bedeutung der Behindertenpolitik überzeugt sind.

Es sei erwähnt, zumal es leider oft verkannt wird, diese Selbstvertretung in diesem Umfang und der Kontinuität wie in der PDS, nunmehr DIE LINKE, ist einmalig in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Ein Pfund, mit dem auch DIE LINKE weiterhin wuchern kann.

2003 wählte die AG sich einen Sprecherrat. Eine Konsequenz aus der Wahl 2002.

Seitdem werden die Geschicke der AG von einem 4köpfigen Sprecherrat im Sinne der Menschen mit Behinderungen, der Partei und somit der Behindertenpolitik begleitet und gelenkt.

Das Jahr der Chancengleichheit

Die EU beschloß, 2007 als Jahr der Chancengleichheit auszurufen.

Für uns Anlaß genug, um unsere Konferenz zum Thema Chancengleichheit zu konzipieren.

Wenn ich nun den Titel unserer Konferenz auf drei Schwerpunkte kürze, bleiben *„Chancengleichheit, Menschenbild und Gesellschaft“* stehen.

Zugern benützen wir Schlagworte, unter die wir alles Mögliche stopfen ohne zu hinterfragen, ob das, was wir wollen, dann noch verstanden wird.

So geht es mir auch unter anderem mit dem Wort *„Chancengleichheit“*.

Was heißt denn Gleichheit und vor allem, wollen wir Gleichheit?

Oder wäre es nicht angebracht von *„Chancengerechtigkeit“* zu sprechen?

Wollen wir nicht eher eine Ungleichheit, um die objektiv bestehenden Nachteile auszugleichen bzw. ausgeglichen zu bekommen und somit die Chancen zu haben, auf unsere Fähigkeiten und Fertigkeiten hinzuweisen und nach diesen beurteilt zu werden?

Meinen wir mit „*Menschenbild*“ die fotografische und künstlerische Darstellung von Menschen oder ist es für uns, und nicht nur für uns, ein Kürzel, um die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen für Menschen und deren Einbindung in die Gesamtgesellschaft zu beschreiben?

Ist der, auch von uns gebrauchte, Begriff „*humanistisches Menschenbild*“ nicht eher ein Abstraktum und wird vom steten Gesellschaftswandel bestimmt?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Schauen wir uns in unserer Wirklichkeit um.

Wessen Würde ist unantastbar? Und wer oder was definiert „*Würde*“ und legt die Unantastbarkeit fest? Was ist „*unantastbar*“?

Seit Jahren können wir beobachten, wie Menschen nach ihrem Kosten und ihrem Nutzen beurteilt werden. Hat das etwas mit Menschenwürde zu tun?

Können Kosten-Nutzen-Rechnungen den Wert des Menschen kennzeichnen?

Der Werteverlust, über den auch wir permanent diskutieren, zeigt sich nicht nur an Menschen mit Behinderungen, dort wohl am deutlichsten, doch weite Teile der Bevölkerung werden von dieser Ge- und Verbrauchsphilosophie entwertet. Mit positiven Begriffen, die zum Teil von Menschen mit Behinderungen erkämpft und geprägt wurden, werden politische Entscheidungen getroffen, die Althergebrachtes fester schreiben, oder erneuern.

Ich nenne nur: Das Antidiskriminierungsgesetz.

Als Gleichbehandlungs-, oder Gleichstellungsgesetz wurde es in Deutschland, und dort in den Ländern, betitelt, letztendlich ohne wirkungsvolle Konsequenzen von politischen Entscheidungsträgern verabschiedet.

Spürbare Veränderungen, die es wohl gibt, bleiben halbherzig, weil das Diktat der Wirtschaft mit dem Hinweis auf die Kosten eine Weiterentwicklung zugunsten der Menschen, nicht nur der Menschen mit Behinderungen, zu verhindern weiß.

Die Gesellschaft, so verstehe ich es, ist die Summe Aller in ihren inneren wie äußeren Beziehungen.

Nicht nur die Politik folgt dem Diktat der Wirtschaft, ebenso ist die Gesellschaft von der Wirtschaft, wir können es auch Kapital nennen, abhängig.

In den Einladungsunterlagen wird die Konferenz mit einem mächtig langen Titel angekündigt.

Laßt ihn mich kürzen.

Was wir mit unserer Arbeit, auch mit der Konferenz, anstreben, so jedenfalls denkt es sich mir, soll zum einen das Heute, also die Gegenwart, so mitgestalten, daß die Rahmenbedingungen für ein würdevolles Leben ausgestaltet werden, die wiederum in der Zukunft unumstößlich, jedoch nicht unveränderbar wirken.

Also ist das Handeln in der Gegenwart zukunftsorientiert.
Der Beweis hierfür liegt auf der Hand.

Lassen wir die vergangenen 17 Jahre Revue passieren, so können wir mit Recht sagen, daß auch wir an Erfolgen der Behindertenbewegung mitgewirkt haben. Und das weltweit.

Es war und es wird weiterhin sein: ein zähes Ringen.
Denkt an die Standard Rules!

Die UN-Konvention

Am 30. März 2007 hat Deutschland die UN-Konvention unterzeichnet. Das hat bereits etwas mit Zukunft aber vor allem mit Gegenwart zu tun.

Daß der deutsche Titel: „*Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen*“, analog zu den Standard Rules, in einer eher übertragene Übersetzung veröffentlicht wurde, liegt wohl daran, daß die, in der Konvention enthaltenen, Bindungen der Politik Bauchschmerzen bereiten.

Doch jetzt liegt es wieder einmal an uns, einen, und zwar diesen Text, mit Leben zu erfüllen und darauf zu achten, daß die Unterzeichnung nicht nur ein Schriftzug bleibt.

Wir können nun nicht alles auf einmal und nicht auf einer Konferenz behandeln.

Wir können aber der Partei DIE LINKE konkrete Schritte anbieten, um im Sinne der Menschen mit Behinderungen und der UN-Konvention das politische Agieren zu erleichtern.

Dazu soll nun die Konferenz ihren Beitrag leisten, wofür ich uns allen ein gutes Gelingen wünsche.

Chancengleichheit – Menschenbild und Gesellschaftsentwurf

Prof. Dr. Ernst Luther

Zuerst möchte ich mich bei Christian Schröder und Ilja Seifert herzlich für die Einladung bedanken.

Schon der gestrige Abend mit der Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sowie der einleitende Vortrag über die Geschichte dieses Martinshofes gibt mir eine Fülle von Anregungen.

Nun noch eine Vorbemerkung zu der soeben geäußerten Frage, ob Chancengleichheit Gleichheit für alle bedeute und die Unterschiedlichkeit der Menschen ignoriere.

Mir fällt da der griechische Philosoph Aristoteles ein, der die „*austeilende Gerechtigkeit*“ (alle sollen gleich behandelt werden) ergänzte durch die „*ausgleichende Gerechtigkeit*“ (wer schwach ist, muss mehr erhalten).

So verstehe ich Chancengleichheit als die Schaffung von gerechten Voraussetzungen, dass niemand in seiner Entwicklung benachteiligt wird.

Ich werde versuchen, meinen Vortrag entsprechend der Überschrift zu gliedern, also zuerst mit dem Thema Chancengleichheit zu beginnen, dann Gedanken zum Menschenbild äußern und zum Schluss über den Gesellschaftsentwurf einige Bemerkungen machen. Dabei fällt es mir sehr schwer, etwas an neuen Ideen zu der Fülle von Materialien, die uns hier übergeben wurden, hinzuzufügen.

Das Thema Chancengleichheit ist – wie das Ilja Seifert im Augustheft „Disput“ zum Thema „*Reisen für alle*“ geschrieben hat, ein Querschnittsthema: es geht um Kinder-, Jugend-, Fa-

milien- und Seniorenpolitik usw. - Ilja zählt die gesamte Palette der Politik auf.

Die ältere Generation

Ich wende mich zuerst der älteren Generation zu; denn wir erfahren es alle unmittelbar, dass die Lebenserwartung gestiegen ist. Sie werden wahrscheinlich aber bei den genannten Beispielen völlig zu Recht auch an Menschen mit Behinderungen denken. Diese werden schließlich und zum Glück auch älter.

Deswegen bleibt die Frage, ob es gelungen ist, nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren würdiges Leben hinzuzufügen.

Wie steht es um die Chance, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit zu erleben?

Einer trage des Anderen Last, heißt ein biblisches Wort.
Wer trägt wessen Last?

Der Westen die des Ostens? Der Mann die der Frau? Oder umgekehrt? Die Reichen die der Armen? Die Jungen die der Alten? Oder umgekehrt? Die Arbeitenden die der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger? Die Ehrenamtlichen die der leeren Kassen?

So viele Fragen und so unsicher unsere Antworten.

Eines ist aber sicher klar: Alle, die wir die Chance haben, unser Leben aktiv zu gestalten, sind in besonderer Weise aufgefordert, in ehrenamtlicher Arbeit zu helfen, damit auch andere an den Chancen des Lebens teilhaben können.

Lassen Sie mich hier ein Wort des Theologen, Philosophen, Arztes und Organisten Albert Schweitzer zitieren, das wir uns in der Begegnungsstätte Bürgerladen in Halle-Neustadt zum Leitmotiv genommen haben:

„Tut die Augen auf und suchet, wo ein Mensch oder ein Menschen gewidmetes Werk ein bisschen Zeit, ein bisschen Freundlichkeit, ein bisschen Teilnahme, ein bisschen Gesellschaft, ein bisschen Arbeit eines Menschen braucht.

Vielleicht ist es ein Einsamer oder ein Verbitterter oder ein Kranker oder ein Ungeschickter, dem du etwas sein kannst. Vielleicht ist es ein Greis oder ein Kind. Oder ein gutes Werk braucht Freiwillige, die einen freien Abend opfern oder Gänge tun können. Wer kann die Verwendungen alle aufzählen, die das kostbare Betriebskapital, Mensch genannt, haben kann!

An ihm fehlt es an allen Ecken und Enden! Darum suche, ob sich nicht eine Anlage für dein Menschentum findet. Lass dich nicht abschrecken, wenn du warten oder experimentieren musst. Auch auf Enttäuschungen sei gefasst. Aber lass dir ein Nebenamt, in dem du dich als Mensch an Menschen aus gibst, nicht entgehen. Es ist dir eines bestimmt, wenn du es nur richtig willst.“

Ich sehe das „Nebenamt“ als Ausdruck gelebter Solidarität und Ausdruck der Freiheitlichkeit unseres Gemeinwesens, also als Ausdruck von Demokratie.

Solidarisches Miteinander pflegen, dazu gehören die gleichberechtigte Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen, das Engagement zur Selbsthilfe und die Unterstützung bei der Einforderung zustehender Rechte.

Für mich sehe ich diese Möglichkeit, in der Beratungs- und Begegnungsstätte „Bürgerladen“ in Halle-Neustadt.

Den Bürgerladen als Ort der Geborgenheit gestalten; das bedeutet, die Menschenwürde für Bürgerinnen und Bürger sichern helfen, praktische Lebenshilfe vermitteln, Lebensgestaltung aktivieren, Lebensinhalte diskutieren und dazu beitragen, dass die Lebensbedingungen menschenwürdig gestaltet werden.

So wie in diesem Verein ist das Leben zweifellos in Hunderten anderen im Land.

Als ein besonders beeindruckendes Beispiel empfand ich die Seniorenhilfe in Dietzenbach, im Rhein-Main-Gebiet, in der die Mitglieder für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten Zeitgutschriften auf ihrem Konto gutgeschrieben erhalten. Und zwar zwei Zeitpunkte pro Stunde, egal, welche Arbeiten sie leisten.

Die Punkte können bei Bedarf gegen andere Leistungen eingetauscht werden oder aber gespart und in späteren Jahren bei eigener Hilfsbedürftigkeit abgerufen werden.

Ich spare jetzt Probleme aus, die mit der Gestaltung der Vereinsarbeit, der Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit, sowie der weiteren finanziellen Unterstützung in der Zukunft zusammenhängen.

Gefährdete Chancen

Jetzt möchte ich zu der Frage sprechen, was gefährdet die Chancen älterer Menschen, selbstbewusst und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen?

Eine entscheidende Rolle spielen Voreingenommenheiten, die alte Menschen untereinander und junge gegenüber alten Menschen haben.

Ich nenne Ihnen zuerst eine Studie, in der 516 alte, gesunde wie auch pflegebedürftige Menschen zwischen 70 und 103 Jahren befragt wurden, die in Westberlin leben.

Von 23 „Behauptungen über das Alter“, die in der Öffentlichkeit kursieren, nenne ich zehn verbreitet falsche Aussagen, die auch von den Befragten geäußert wurden:

- ***Die meisten alten Menschen fühlen sich krank.***

Fast 70 % der über 70jährigen fühlen sich sehr gut bis befriedigend, nur 33 % als ausreichend oder mangelhaft.

- *Die meisten Menschen über 70 Jahre leiden an einer ernsthaften Beeinträchtigung ihrer geistigen Leistungsfähigkeit.*
Inzwischen wissen wir, dass auch im Alter noch geistige Reserven geweckt werden können.
- *Die meisten alten Menschen erhalten zu viele Psychopharmaka.*
Zwar nehmen zwei Drittel solche Medikamente, doch häufig sind sie unterdosiert.
- *Der Alltag alter Menschen besteht vorwiegend aus Inaktivität und Ausruhen.*
Wachzeit mit Ruhepausen sind selbst bei über 70jährigen nur 12% des Tages.
- *Das Thema Sterben und Tod hat bei den meisten alten Menschen hohe Priorität.*
Bei der Befragung gaben nur sieben Prozent an, sich damit zu beschäftigen.
- *Die meisten alten Menschen können nichts Neues mehr lernen.*
Selbst wenn das Gedächtnis nachlässt, sind bis ins hohe Alter Menschen lernfähig.
- *Die meisten alten Menschen glauben, dass sie ihr Leben nicht mehr selbst bestimmen können.*
79 % der Befragten gaben an, dass sie das Gefühl haben, ihr Geschicke vor allem selbst beeinflussen zu können.
- *Nur ganz wenige alte Menschen haben noch ausgeprägte Lebensziele.*
94 % entwarfen auf Befragen Zukunftsszenarien.
- *Alte Menschen leben vor allem in der Vergangenheit.*
40 % gaben an, dass sie meistens über die Gegenwart nachdenken; 30 % über die Vergangenheit, 25 % über die Zukunft.

- *Fast alle alten Menschen haben eine vertraute Person, mit der sie über schwierige Probleme sprechen können.*

Fast die Hälfte hatte solche Person nicht.

Falsche Vorstellungen über alte Menschen bieten Anlass für ihre Ausgrenzung und Vereinsamung.

Das heißt noch nicht, dass man sagen müsste, sie bleiben auf der Strecke; aber sie werden in ihren Chancen beeinträchtigt. Sexualität und Zärtlichkeit wird dann bei älteren Menschen als unangepasst bezeichnet; ihre Selbstverwirklichung und Sozialität wird ausgeblendet.

Langfristige Überzeugungen werden als Starrheit aufgefasst und nicht als Stabilität der Orientierung. Inkontinenz sei eine alterstypische Unsauberkeit; dabei wird die Isolierung und Kontakthemmung ausgeblendet.

Für die Lebensqualität besteht Voreingenommenheit darin, dass eine Senkung des Anspruchsniveaus erwartet wird und rechtliche Garantien und Menschenrechte gering geschätzt werden.

Darüber ist im Folgenden noch zu sprechen.

Eine erhebliche Gefahr für die Chance alter Menschen, ihr Leben würdevoll zu gestalten, geht von der politischen Debatte zur Rationierung in der Medizin aus. Es kann hier nicht die umfangreiche nationale und internationale Diskussion dargestellt werden.

Ich beschränke mich auf zwei Grundprobleme: zum einen geht es in der Debatte um eine gerechte Verteilung der knapper werdenden Mittel, zum anderen um die Folgen des Einflusses der Marktwirtschaft auf die Gestaltung des Gesundheitswesens.

Die Debatte um die Verteilung der knapper werdenden Mittel wird mit den ansteigenden Kosten durch die demographische

Entwicklung, die neuen, kostspieligeren medizinischen Möglichkeiten und ein verändertes Anspruchdenken begründet.

Als Lösung werden eine effektivere Verwendung und die Rationierung angeboten. Gegen eine effektivere Verwendung der Mittel ist nichts einzuwenden. Es ist aber danach zu fragen, welche ethischen Konsequenzen gezogen werden.

Bei der so genannten „*direkten Rationierung*“ werden bestimmte Patientengruppen ausgeschlossen. In Großbritannien beispielsweise wurde die Zugangsbeschränkung zur Dialysebehandlung für über 60-jährige Patientinnen und Patienten festgelegt.

In der Bundesrepublik hat das Thema, welche Operation Menschen über 70 Jahre noch erhalten sollten, sowohl durch Vertreter der Politik wie der Theologie für erhebliche Aufregung gesorgt.

Hier wäre aus dem bisher gesagten eine erste politische Schlussfolgerung zu ziehen: dass jede Ausgrenzung Chancengleichheit verhindert.

Wirkungen und ihre Folgen

Verbunden mit diesem Thema sind die bisherigen Erfahrungen, welchen negativen Einfluss die Marktwirtschaft im Gesundheitsbereich auf die gesundheitliche Betreuung älterer Menschen hat.

Weil die Meinung vorherrschte, dass gerade in der Diakonie allein die Nächstenliebe Maßstab der Arbeit ist, wird hier der Einfluss des Marktes besonders deutlich und auch schmerzhaft verspürt. Prof. Dr. Reinhard Turre, seit Jahrzehnten in der Diakonie tätig, hat versucht, zu beantworten, was mit der Marktorientierung gewonnen und was verloren wird.

Aus der Tatsache, dass die diakonische Arbeit sich im Wettbewerb mit anderen kommunalen und gewerblichen Anbietern

befindet, sieht er zwar die Chance, dass sparsamer mit Geld und Ressourcen umgegangen, sorgsamer auf gute Qualität der Arbeit gesehen werde, man kreativer und professioneller werden müsse, um in der Konkurrenz zu bestehen; aber er sieht auch erhebliche Verluste: Der Markt ist moralisch blind, er ist verschleißorientiert.

Die Effektivität wird am materiellen Gewinn ermittelt. Nur die quantifizierte Leistung wird gemessen, bewertet und erstattet. Damit kann man Zuwendung, Verständnis und Liebe nicht erfassen.

Wenn wir als eine ethische Maxime fordern, dass die Wahrung der Menschenwürde danach zu messen ist, wie mit den Schwächsten der Gesellschaft umgegangen wird, dann ist die Folgerung klar: Bei einer konsequenten Marktorientierung haben die Schwächsten keine Chance zu überleben, sie bleiben auf der Strecke.

Das wäre meine zweite Folgerung.

Wer bleibt auf der Strecke?

Von dem römischen Philosophen Seneca soll das Wort stammen:

„Die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen müsste, wenn sich nicht die einzelnen Steine gegenseitig stützen würden.“

Das Sich-gegenseitig-Stützen, auch Fürsorge genannt, ist für ältere Menschen besonders wichtig. Hier möchte ich jedoch auf ein Problem aufmerksam machen, das allgemein gesellschaftlicher Art ist, aber in der Medizin und Sozialpolitik eine besondere Bedeutung hat.

Das Problem ist das Verhältnis von Selbstbestimmtheit und Fürsorge.

Früher – etwa bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts – galt in der Medizin das Prinzip:

Das Wohl des Kranken ist oberstes Gesetz.

Dem lag die Vorstellung zugrunde, dass ein Arzt kompetent und wie ein Vater engagiert ist, zu entscheiden, was für den Patienten das Wohl ist. Von dem lateinischen Wort pater für Vater wird diese Denkweise als „Paternalismus“ bezeichnet und als Bevormundung kritisiert.

Heute gilt die Regel:

Der Wille des Patienten ist oberstes Gesetz. Ohne die ausdrückliche Zustimmung des Patienten ist (ausgenommen die Notsituation der Bewusstlosigkeit beim Unfall) der ärztliche Eingriff eine Körperverletzung.

In dieser Veränderung drückt sich das wachsende Selbstbewusstsein, das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortung aus.

Die Veränderung ist ein Fortschritt gegen jegliche Bevormundung und Entmündigung.

Aber – wie jeder Fortschritt – birgt auch dieser eine Gefahr in sich.

Zweifellos kann Fürsorge in Bevormundung und Entmündigung umschlagen.

Es kann aber auch Selbstbestimmtheit in Alleingelassensein, in Einsamkeit, in Resignation und Depression und schließlich in Verwahrlosung oder im Suizid enden.

Wir kennen das vom missverstandenen alten Menschen, der sich nicht in seine Angelegenheiten reinreden lassen will und dann allein gelassen wird, wir kennen es von den Suchtkranken ebenso.

Heute ist die Gefahr, allein gelassen werden, größer als je zuvor.

Deshalb möchte ich als dritte Schlussfolgerung die generelle Aussage zur Frage geben „Wer bleibt auf der Strecke?“:

Ein Mensch, der in einem Unrecht oder Unglück – egal, ob selbst verschuldet oder nicht - allein gelassen wird, resigniert, depressiv wird, bleibt auf der Strecke.

Die Sicherung von Grundbedürfnissen

Man kann natürlich auf das Selbstbewusstsein bauen, auf die Kraft, sich trotzdem nicht unterkriegen zu lassen. Aber wenn es sich nicht um Einzelschicksale, sondern um mehrere Hunderttausende handelt, dann taucht die Frage auf, wann das Gewölbe so viele Steine verliert, dass es nicht mehr hält.

Ich wende mich deshalb der großen Gruppe der hochbetagten alten und pflegebedürftigen Menschen zu, weil sie schon jetzt, aber noch mehr in der Zukunft zu denen zählen, die als alt und abgeschoben gelten.

Wer die Chance hat, sein Leben bis in das hohe Alter selbstbewusst zu gestalten, ist schon heute nicht sicher, ob die letzte Phase seines Lebens bei körperlichen und geistigen Verlusten noch menschenwürdig sein wird.

Individuelle Zukunftsängste wachsen durch Erlebnisse bei Angehörigen und Freunden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen „totgepflegt“ werden.

Diese Zukunftsängste verstärken die Forderungen nach einer selbstbestimmten Entscheidung über die Lebensverkürzung, entweder durch Abschalten von lebenserhaltenden Maßnahmen oder der direkten Tötung auf Verlangen durch aktive Sterbehilfe.

Die gegenwärtige Debatte über Patientenverfügungen ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit und zunehmenden Verrechtlichung in der Medizin. Eine Lösung für die Probleme bringen die Patientenverfügungen nicht. Im Übrigen kann ich nur empfehlen, dass eine Vorsorgevollmacht unter den derzeitigen Rechtsverhältnissen eher angebracht ist.

Unter menschenwürdigen Bedingungen gepflegt werden und sterben können, ist ein Menschenrecht, das schon heute verletzt wird. Umso größer ist die Zukunftsangst, wenn die Armut zunimmt und Generationskonflikte befürchtet werden.

Nahezu unübersehbar ist die Fülle der Darstellung dieser Thematik in der Literatur und in Filmen.

Leben und Sterben ist ein sehr altes Thema.

Johann Christian Reil, der einst auch in Halle wirkte, schrieb:

„Um den Menschen ins Leben hineinzuhelfen, dazu gibt es eine eigene Kunst, die Hebammenkunst, aber dafür, dass man erträglich wieder hinauskommt, ist fast nichts getan.“

Ich hatte von 1980 bis 1990 zusätzlich eine Professur für Ethik an der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR und leitete eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe. Wir führten viele Gespräche mit Ärzten, Schwestern, Pflegern und Seelsorgern in Krankenhäusern und Pflegeheimen durch, deren bauliche und technische Zustände vielfach desolat waren.

Im Mittelpunkt der Forderungen stand die Sicherung solcher elementarer Bedürfnisse wie:

- Das Bedürfnis nach ausreichender Pflege und hygienischen Lebensbedingungen
- Das Bedürfnis, keine Schmerzen erdulden zu müssen
- Das Bedürfnis nach Kommunikation mit nahestehenden oder fürsorgenden Menschen
- Das Bedürfnis nach äußerer Ruhe und Harmonie
- Das Bedürfnis, auch in dieser letzten Phase des Lebens als Persönlichkeit geachtet zu werden und sich als solche realisieren zu können.

Die Sicherung dieser Grundbedürfnisse könnte eine vierte Schlussfolgerung für unsere politischen Forderungen sein.

Ein einträgliches Geschäft

Damals lernte ich viel von Heinrich Pera, der von Halle aus im Osten Deutschlands die Hospizarbeit aufbaute. Sein Buch „*Sterbende verstehen*“ halte ich für ein unentbehrliches Lehrbuch.

Trotz vieler Bemühungen waren die Ergebnisse nicht immer ermutigend.

Eine grundsätzliche Feststellung, die auch für heute gilt, traf der damalige Ärztliche Direktor des Krankenpflegeheims „Albert Schweitzer“ in Berlin-Blankenburg Dr. Joachim Kuhlmeier.

Auf die schon damals viel diskutierte Frage, ob der alte Mensch zu Hause, im Krankenhaus oder im Pflegeheim sterben solle, antwortete er zu Recht:

„in jedem Fall müssen tragfähige menschliche Beziehungen zu den Betreuern bestehen! Nicht erst der Ort des Sterbens muss lebenswert sein! Das ist nur der Fall, wenn der alte Mensch, wo immer er lebt, einen angemessenen Handlungs- und Entscheidungsspielraum besitzt und seine Umwelt transparent und vorhersagbar ist.“

Heute haben wir in der Überzahl moderne Kliniken und Pflegeheime.

„Um die Pflegebedürftigen kümmern sich bundesweit 10 594 Pflegedienste, 1428 teilstationäre Einrichtungen, 1436 Kurzzeitpflegeeinrichtungen und 9165 Pflegeheime.“ (Fusssek, S. 15 f.)

Und doch gibt es einen Pflegenotstand und Zukunftsangst. Ist uns beim technischen Fortschritt die Menschlichkeit verloren gegangen?

Fast unübersehbar ist das Material von Alten- und Enqueteberichten, von Büchern, Artikeln, Filmen und Features zu Pflege-

notstand und Patiententötungen. Inzwischen ist das ein zentrales Thema der Politik geworden, aber eine Lösung ist nicht in Aussicht.

Ich beschränke mich in den folgenden Ausführungen auf die Aussagen von Claus Fussek und Sven Loerzer in ihrem Buch *„Alt und abgeschoben. Der Pflegenotstand und die Würde des Menschen“* (2005)

„Es gibt doch auch gute Pflege“; richtig, es gibt viele Beispiele einer Pflege, die nicht nur satt, sauber und trocken macht, sondern auch freundliche Zuwendung beinhaltet. Aber die Bedingungen dafür wenden sich nicht zum Besseren.

Wer genau hinsieht und sich gründlich informiert – und das haben die Autoren des Buches getan – kann nicht umhin festzustellen: in Deutschland existiert ein Pflegenotstand.

Der Sozialpädagoge Claus Fussek und der Journalist Sven Loerzer legen einen erschütternden Bericht zum Alltag der Pflege in deutschen Heimen vor. Dieter Hildebrandt teilt in seinem Vorwort die Auffassung der Autoren und nennt das *„Abwickeln des Restlebens alter Menschen in größerem Stil“*:

„Es ist ein einträgliches Geschäft geworden, von dem eine Vielzahl von Unternehmen profitiert: von der Pharmaindustrie über die Heimträger bis zu den Fahrdiensten. Was aber haben die pflegebedürftigen Menschen davon, die wir zu zweit in Zimmer mit vorgeschriebener Mindestgröße sperren? Sie bekommen das vierdimensionale Sittengesetz zu spüren: der Sozialstaat über dir, die Verwirrtheit in dir, die Rentenkürzung hinter dir, das Krematorium vor dir.“

Im Nachwort verweist der Rechtsanwalt Alexander Frey, Sprecher des Arbeitskreises gegen Menschenrechtsverletzungen in Heimen, dass er seit Anfang der 80er Jahre mit Fussek in diesem Arbeitskreis an einer Verbesserung der Altenpflege arbeitet und in München zumindest bei der Aufdeckung der Mängel bestimmte Erfolge erzielen konnte.

Fussek und Loerzer loben in ihrem Buch den Münchner Oberbürgermeister, der in der Stadt eine Beschwerdestelle eingerichtet hat. Doch auch dieser OB musste 2005 feststellen, dass der Zeitdruck, der die Pflege bestimmt, zu „*Liebllosigkeit und routinemäßiger Schnellerledigung*“ führt und nur eine „*Stabilisierung der Lage auf niedrigem Niveau*“ erreicht sei.

„102 Minuten Pflege sind es im Durchschnitt pro Tag und Bewohner – in dieser Zeit müssen Waschen, Toilettengänge oder Inkontinenzversorgung, Essengeben, Umlagern um Druckgeschwüre zu vermeiden ebenso wie Medikamentengabe, Wundversorgung und Mundpflege bewältigt werden. Zeit für Zuwendung bleibt da kaum. Einem sterbenden Menschen die Hand zu halten, bei ihm zu sitzen – das gefährdet die zeitlich ohnehin zu knapp bemessene Grundversorgung der anderen Pflegebedürftigen.“

Aber nicht nur das Zeitdiktat bestimmt die Pflege, es ist die Konzeptionslosigkeit der Politik gegenüber den Folgen des demografischen Wandels, der Erhöhung der Lebenserwartung, der Zunahme hochbetagter pflegebedürftiger Menschen.

Es gibt Berechnungen, dass bis 2050 der Bedarf an Pflegeplätzen um etwa 900.000 steigen wird.

Ich nenne im Folgenden die gravierendsten Menschenrechtsverletzungen: Unterernährung und Austrocknung.

Eine Studie des MDK in Sachsen-Anhalt ergab, dass „*nur 8 Prozent von 1026 Patienten mit Ernährungssonde in Pflegeheimen genau die erforderliche Ernährung erhalten.*“

Pflegeerleichternde und pflegevermeidende Maßnahmen.

Ist die Magensonde pflegeerleichternd oder pflegevermeidend? Die Autoren sagen:

„Dank Katheder und Windeln entfallen zeitraubende Toilettengänge, dank einer Magensonde fällt das langwierige Es-

sen-Eingeben weg. Was das für den Betroffenen bedeutet, können sich viele Menschen auch ansatzweise nicht vorstellen.“

Der MDS stellte bei 20 Prozent der untersuchten Pflegebedürftigen in Heimen Qualitätsdefizite im Umgang mit Inkontinenzhilfen fest. 25 Prozent betrug die Quote bei ambulanten Pflegediensten.

Gute Pflege ist teuer

Tatsächlich sind die **Leistungsausgaben** für die soziale Pflegeversicherung stetig gewachsen. Sie betragen 2003 16,6 Milliarden Euro.

Umso verwunderlicher ist, dass mögliche Einsparungen wegen absurder Bürokratie verhindert werden. Drei Beispiele sollen aus dem Buch angeführt werden.

Das erste Beispiel:

Gute Pflege zahlt sich für ambulante Dienste wie für Pflegeheime finanziell nicht aus. Gelingt der guten Pflege eine Verbesserung des Gesundheitszustandes, so bedeutet dies:

„dass die in Teilbereichen wiedererlangte Selbständigkeit mit einer niedrigeren Pflegestufe vergolten wird. Der ambulante Dienst oder das Heim erhalten dadurch also von der Pflegekasse weniger Geld für ihre Pflege.

Viele Pflegekräfte empfinden das als Strafe für ihren außerordentlichen Einsatz. Gute, engagierte Pflege kann viele Menschen vor einem weiteren Verlust an Selbständigkeit bewahren. Der Einsatz aber wird nicht belohnt, einen finanziellen Anreiz gibt es nicht.“

Das zweite Beispiel:

Wie im Buch und erst am 7. November 2005 in „Report aus Mainz“ festgestellt wurde, existiert seit 1998 in Berlin ein Pro-

jekt *„Ärztliche, pflegerische und therapeutische Betreuung Schwerstkranker in stationären Einrichtungen.“*

Die Kernfrage ist, im Pflegeheim wird in Notfällen nicht der Notdienst angefordert, sondern es ist eine Ärztin/ein Arzt tags und nachts erreichbar, was unter heutigen Bedingungen bei der Zuständigkeit eines Hausarztes nicht möglich ist.

Im Jahr 2000 wurden:

„bei den teilnehmenden 40 Heimen rund 5,5 Millionen Euro eingespart. Abzüglich der Kosten für die verbesserte ärztliche Versorgung mussten die Kassen 3,5 Millionen Euro weniger ausgeben.“

Der Vorstandsvorsitzende der AOK Berlin, Rolf Dieter Müller, wird zitiert:

„Würden wir diese Modellversuche auf alle Einrichtungen in Berlin übertragen, würde allein die AOK Berlin 30 Millionen Euro sparen – bei einer besseren qualitativen Versorgung der jeweiligen Patienten.“

Die Autoren nennen die Hochrechnung für eine bundesweite Anwendung: rund 600 Millionen Euro jährlich. Aber:

„die sture Trennung nach Töpfen für die ambulante und für die stationäre Versorgung macht es schwierig, Einsparungen im einen für den anderen zu verwenden.“

Aus dem zweiten ergibt sich das dritte Beispiel:

Allein die stundenweise Anwesenheit eines Arztes könnte den enormen Arzneibedarf einer Pflegestation deutlich senken.

Der Münchner AWO-Geschäftsführer Jürgen Salzhuber errechnet pro Jahr und Pflegestation mit 23 bis 25 Bewohnern 140.000 bis 250.000 Euro Ausgaben für Medikamente. Eine

Stationsapotheke, die, wie in den Krankenhäusern alle Patienten versorgt, ist bisher nicht zulässig.

Schließlich ist noch darauf zu verweisen, dass ein Arzt im Heim sicherstellen könnte, dass alte Menschen, die unter Schmerzen leiden, eine wirksame Therapie bekämen.

Erwähnt seien aus dem Buch nur noch die Probleme Dekubitus, Mangelnde Zahn- und Mundhygiene, ans Bett gefesselt und ruhig gestellt, eklatante Pflegefehler, keine Zeit für die Sterbebegleitung, Angehörige zwischen schlechtem Gewissen und Geldgier, vom Umgang mit Beschwerden. Gewalt in der Pflege sowie Abrechnungsbetrug durch ambulante Dienste.

Die Autoren vergleichen an mehreren Stellen im Buch den Schutz der alten Menschen mit dem der Kinder und fordern ein „Altenhilfegesetz“:

„das analog zum Kinder- und Jugendhilfegesetz das Wohl der alten Menschen garantiert und durch ein abgestuftes Angebot an Hilfen sichert, aber auch bei Gefährdung den staatlichen Eingriff der Inobhutnahme vorsieht“

Sie stützen sich dabei auf die Forderung der Frankfurter Professorin Dr. Gisela Zenz vom Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung, *„die familienrechtlichen Schutzmechanismen auf die wachsende Gruppe der hochaltrigen Menschen zu übertragen.“*

Bei der Debatte über die Pflegereform könnte diese Forderung eine fünfte Schlussfolgerung sein.

***Der zweite Themenkomplex:
Das Menschenbild als ein gesellschaftliches Leitbild***

Hier wende ich mich insbesondere den Menschen mit Behinderung zu. Eine Ausstellung im Deutschen Hygienemuseum zum Thema *„Der (im)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvoll-*

kommenheit“ wählte als Bild – zugleich als Menschenbild und Leitbild - eine Puppe im Rollstuhl.

Ich setze das Bild an den Anfang als Bekenntnis zu diesem Menschenbild und als Zeichen meiner Sorge, dass im Streben nach Helfen und Heilen sich das defizitäre Bild vom Menschen mit Behinderung noch verstärkt.

Alles Helfen- und Heilenwollen möchte ich unter das gesellschaftliche Leitbild als Kriterium stellen, dass eine solidarische Gesellschaft durch Bürgerrechte und Nachteilsausgleiche die Lebens-, Entfaltungs- und Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung unterstützt.

Die moderne Medizin kann dabei eine wichtige Hilfe sein, sie kann aber auch – um auf Goethes Faust zurückzugreifen – mit Wagner im Laboratorium ein „artig Männlein“ entstehen sehen und begeistert ausrufen:

„Was wollen wir, was will die Welt nun mehr?“

Steht der "Homunculus" im Faust für eine bestimmte Verirrung des Menschenbildes der Wissenschaft bis zum 19. Jahrhundert, so lesen wir wie ein "Menetekel" schon am Ausgang des 20. Jahrhundert über den geklonten Menschen als ehrgeiziges Ziel verschiedener Wissenschaftler. Übrigens ist der Homunculus wie der geklonte Mensch charakteristischerweise vom Menschenbild her männlich.

Mit 17 Jahren gehörte Goethes Faust für mich zu den Büchern, die mich am meisten bewegten. Die für den Unterricht 1945 herausgegebene Ausgabe ist mit Randbemerkungen bespickt - auch später habe ich das Werk oft zur Hand genommen und mich für Theateraufführungen interessiert.

Nichts Besonderes: Eingebettet in Fragen und Stichworten notierte Bertolt Brecht in den *"Flüchtlingsgesprächen"* zur Situation 1914/15: *"Faust. Im Tornister jedes Deutschen. Singend in den Tod."*

Faust lesen - oder im Theater sehen und hören - und ihn verstehen, das ist offensichtlich zweierlei, und das ist wohl auch abhängig vom Zeitgeist und der persönlichen Sicht.

Mein Faustbild war - sicherlich beeinflusst durch den Unterricht eines achtenswerten Oberstudiendirektors, der sich vom NS-Geist frei gehalten hatte: Faust ist der Held, der den Fortschritt verkörpernde, vorwärts drängende Gelehrte, Wagner, sein trockener, pedantischer Epigon und Mephistopheles der Verführer, der aber doch - Gott und den Engeln war es gedankt - nicht siegt.

Der Fortschritt braucht in dieser Sicht das Faustische und Fausts Menschenbild ist so, wie Gott den Menschen schuf, sündig aber gut. Ein Widerspruch zwischen dem Fortschritt der Wissenschaft und Moral war noch kein Thema.

Als ich 1971 einen Vortrag "*zur ethischen und moralischen Bewertung des wissenschaftlich - technischen Fortschritts*" hielt, war das Bild vom Fortschritt schon wesentlich verändert. Vorausgegangen waren Studien zur Entwicklung in der Medizin. Wer jemals die Protokolle des Nürnberger Ärzteprozesses über eine "*Medizin ohne Menschlichkeit*" gelesen hat, ist erschüttert und vielleicht auch ratlos. Wie konnten international anerkannte Ärzte zu Verbrechern werden?

1988 diskutierten wir in Weimar und Erfurt auf einer internationalen Konferenz über „*das Schicksal der Medizin im Faschismus*“.

Der Genetiker Benno Müller-Hill hielt den ersten Plenarvortrag zum Thema: "*Daidalos, Faust und Mengele: Wissenschaftler als Verbrecher*".

Es war für mich das erste Mal, dass Faust in die Nähe eines Mörders wie dem KZ-Arzt Dr. Josef Mengele gerückt wurde, einem Mann, der etwa dreitausend Zwillingspaare mit Experimenten quälte, nur knapp einhundert überlebten.

Müller-Hill fragte nach dem Professor Eugen Fischer, der als Rektor der Berliner Universität 1933 -1934 seine jüdischen Kollegen entließ, die Rassengesetze begrüßte und *"1943 das Glück pries, dass eine nationalsozialistische Regierung sich in ihren Rasse-Maßnahmen auf die Genetik stützte"*.

Schließlich erinnerte Müller-Hill an den Hirnanatomen Hallervorden, der in die Tötungsanstalt Brandenburg fuhr, *"um direkt anschließend an die Ermordung durch Gas die Gehirne der Getöteten herauszunehmen"*. 1945 beklagte dieser bei seiner Vernehmung *„die Verrohung des Pflegepersonals“*, das die zu Tötenden in die Gaskammern transportierte. *"Seine eigene Tätigkeit brachte ihm nicht die geringsten Schwierigkeiten."* In seiner Betrachtung dieser Ereignisse verwies Müller-Hill darauf, dass nicht nur materielle Vorteile diese Professoren dazu motivierte, sondern auch ihr Menschenbild und ihre *"großen Vorbilder: Daidalos und Faust."*

Der Fortschritt wirkt lebenserhaltend und lebenszerstörend. In einem Wort gesagt, das FAUSTISCHE ist in unserer Zeit besonders fragwürdig geworden.

Faust ist der Gelehrte, der für die Widersprüchlichkeit des Fortschritts Symbolkraft hat. Sein Leitbild für die Wissenschaft ist ein Männerbild.

Vom Befehl des Faust: *"du musst mir die Dirne schaffen"* bis zur gegenwärtigen Vertreibung der Frauen aus dem Erwerbsprozess und dem Anspruch, von ihnen Embryonen als Forschungsmaterial zu erhalten, gilt das drastische Wort von Karl Marx, das er schon 1844 geschrieben hat:

"In dem Verhältnis zum Weib, als dem Raub und der Magd der gemeinschaftlichen Wollust, ist die unendliche Degradation ausgesprochen, in welcher der Mensch für sich selbst existiert, ... Aus diesem Verhältnis kann man also die ganze Bildungsstufe des Menschen beurteilen."

Goethe nannte den Fortschritt, sich schneller fortbewegen zu können: das *"Veloziferische"*, die Verquickung von „*Velocitas*", die Eile, mit *Luzifer*, dem Teufel.

Im Faust zeigt er den Menschen, der alles will und zwar sofort. Mephisto verschafft es ihm: Den schnellen Degen, die schnelle Liebe, den schnellen Mantel, das schnelle Geld.

Im 2. Teil, wo Faust als Unternehmer auftritt, erfahren wir, wie seine Müdigkeit gerecht zu sein, zur Gleichgültigkeit wird gegenüber allem Menschlichen.

Nach der Herrschaft über Grund und Boden geht es um die Energiegewinnung und den Landgewinn. Doch auf dem Weg, dem Meer Land abzugewinnen, liegt ein Fleckchen, auf dem die alten Leute Baucis und Philemon leben. Die Alten lässt er liquidieren. Den schnellen Tod von Philemon und Baucis, kommentiert er dann mit den Worten: *„befohlen schnell, zu schnell getan.“*

Ein Fortschritt, der über Leichen geht.

Man kann auch anders fragen:

Wo bleibt die Würde des Menschen?

Meinungsverschiedenheiten gibt es, ob die Menschenwürde ein Begriff der Ethik sei oder nicht und in welchem Verhältnis sie zu den Menschenrechten zu sehen wäre.

Das liegt sicher daran, dass die Vorstellung von einer Menschenwürde historisch gewachsen ist und an unterschiedliche Bedingungen festgemacht wurde, so dass kontroverse Parteien den Begriff für sich in Anspruch nehmen (z. B. Befürworter und Gegner der Sterbehilfe) oder dass er überhaupt zu den *„hohlen Redensarten“* (A. Schopenhauer), den *„schönen Phrasen“* (P. Singer) bzw. als ein *„normativ besetztes Schlagwort ohne jeden deskriptiven Gehalt“* (N. Hoerster) zählt.

Das Wort hat eine Bedeutung und steht für etwas. Wir sind uns dessen wohl dann am meisten bewusst, wenn es fehlt oder verletzt wird.

Wie vollzieht sich nun die Annäherung an den Begriff Menschenwürde?

Es gibt eine Reihe Ansätze dafür, einer besteht im historischen Herangehen. In der Antike war der Begriff mit der Ehre und dem Ansehen einer Person verbunden.

Diese Würde kann durch Verhalten erworben und auch wieder abgesprochen werden.

In der neuzeitlichen Philosophie haben die Würde des Menschen J. Locke (1632 – 1704) von Vernunft, Freiheit, Besitz und I. Kant (1724 – 1804) von Autonomie, Vernunft und Moral abhängig gemacht. Das Problem bei diesem Leistungskonzept ist nur, es verweigert jenen Menschen die Anerkennung einer Würde, die diese Qualitäten nicht aufweisen, z.B. Neugeborenen oder Koma-Patienten. Haben sie keine Menschenwürde?

Einige Autorinnen und Autoren gehen vom Ansatz der Menschenrechte aus.

Der Menschenrechtsbegriff sei der Schlüssel zum Verständnis der Menschenwürde. Als Beispiel gilt das Grundgesetz und die Interpretation des Art. 1.1. Ein Konsens besteht darin, dass die Forderung nach Menschenwürde einen Schutz bedeutet. Die Menschenrechte sind bekanntlich als Schutzrechte entstanden.

Mit dem Verbot der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Folter usw., beförderten sie die Idee der Gleichheit und Unverletzlichkeit aller Menschen. Der Artikel 1 der Menschenrechtserklärung von 1789 bringt diese Entwicklung mit den Worten zum Ausdruck: *„Alle Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten.“* Aber als Olympe de Gouges (1748 – 1793), Verfasserin einer *„Erklärung der Rechte der Frau und*

Bürgerin“, diese gleichen Rechte einforderte, wurde sie von den Revolutionären hingerichtet.

Bei Karl Marx gibt es sehr viel Interessantes und Aktuelles über die Menschenrechte nachzulesen; z.B.:

„Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigentums. Worum besteht das Recht des Privateigentums?

Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich (...) ohne Beziehung auf andre Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren.“ (Marx-Engels-Gesamtausgabe, I, Bd. 2, S.158).

So ist das Menschenrecht in der Tradition von John Locke zur Verteidigung des Besitzes geworden und führte schließlich im Prozess der Entstehung des Grundgesetzes aus den Landesgesetzen, in denen noch eine Einheit von politischen Freiheitsrechten und sozialen Rechten existierte, zur Auseinanderdividierung.

Die Menschenwürde, so liest man heute, wird verletzt durch den großen Lauschangriff, wird sie nicht genau so verletzt, wenn man unverschuldet arbeitslos, wohnungslos, Analphabet ist? Warum wird ein Menschenrecht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und Schutz der Gesundheit nicht in das Grundgesetz aufgenommen? Über solche Probleme findet man bei konservativen Politikern nur Gedanken über die Ohnmacht des Staates.

Es liegt eigentlich nahe, in diesem Zusammenhang den Begriff des Menschenbildes einzubeziehen.

Wer den Sklaven als „sprechendes Werkzeug“ ansieht und nicht als einen Menschen, wird ihm nur sehr begrenzten Schutz und keine Würde zuerkennen; gefragt ist dann nur sein Nutzen.

Primo Levi hat in seiner Erinnerung als Auschwitzhäftling die Konfrontation mit einem Nazi-Arzt beschrieben, dessen Menschenbild er so empfand:

„Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist.“ (Ist das ein Mensch? 1979, S. 110)

Die sechste Folgerung sollte lauten:

Das Menschenbild bedarf immer einer historischen Wertung.

Der Gesellschaftsentwurf

Die heutige kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Verteidiger die Freiheit prinzipiell über die Gleichheit und Gerechtigkeit und damit auch über die Verantwortung stellen.

Der Kapitalismus versteht sich als ein freies Produktionssystem mit einem freien Markt und freien Lohnarbeitern; kurz als freie Welt.

Dieses Selbstverständnis hatte der Kapitalismus bereits vor 230 Jahren, als von Karl Marx der erste Band seines Buches *„Das Kapital“* veröffentlicht war.

Was ist heute noch an der Marxschen Analyse bedenkenswert, wenn wir nach der Redlichkeit der heutigen Verkündung vom freien Markt und der freien Welt fragen?

Marx hat keine moralische Wertung vorgenommen. Er hat einfach festgestellt, dass das Kapital als ein freies Produktionssystem im Wesentlichen alle sozialen und natürlichen Beschränkungen unberücksichtigt lassen kann. Es ist prinzipiell frei im Heuern und Feuern der Beschäftigten, es ist frei in der maßlosen Ausbeutung der Natur.

Moralisch kann man sagen, das ist eine perverse Freiheit, in der nur produziert wird, was verkauft werden kann und Profit bringt, aber nicht, was benötigt wird.

Frei ist auch der Lohnarbeiter, nach Marx im doppelten Sinn: er verfügt als freie Person über seine Ware Arbeitskraft, die er anbietet und ist so frei, dass er nichts anderes zu verkaufen hat.

Das heißt, auch hier ist der Arbeiter in Wirklichkeit unfrei, da er keine andere Überlebensmöglichkeit hat, als zu arbeiten.

Nun mag man sagen, heute gibt es ja die Arbeitslosenunterstützung und „Hartz IV“; aber da wird man sicher von den Betroffenen den Vorwurf der Unredlichkeit hören; denn diese Unterstützung nimmt gerade die Voraussetzung für eine frei gestaltete Lebensweise derjenigen, die nun als „Unterschicht“ in den Medien diskriminiert werden.

Dazu kommt noch die Debatte über das so genannte „Präkariat“, das sind die Personen, die noch Arbeit haben, aber in einer prekären Situation sind, weil sie als Praktikanten ohne Lohn oder mit geringstem Lohn arbeiten oder als angeblich Unbefristete die Arbeit plötzlich verlieren können.

Ich möchte einmal die Frage stellen:

Was wäre – selbst unter Beachtung des Grundgesetzes der Bundesrepublik – gegen drei Forderungen von Marx über die Veränderung der gesellschaftlichen Produktion zu sagen?

Die erste Forderung von Marx lautet:

„Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln.“

Das heißt für mich: Das Verhältnis des Menschen zur Natur muss verantwortlich rationell und ökologisch geregelt werden, damit auch künftige Generationen menschenwürdig leben können.

Die zweite Forderung lautet: Die Menschen müssen diesen Prozess *„unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden“*.

Das heißt für mich: Die gesellschaftliche Kontrolle muss erreichen, dass die Wirtschaft den Menschen dient. Nicht der blinde Markt sondern die Bedürfnisse der Menschen müssen den Produktionsprozess bestimmen.

Die dritte Forderung lautet: Es gilt, den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur *„mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen“* zu vollziehen.

Das heißt für mich: Die Freiheit kann nur darin bestehen, dass die Menschen nicht gegeneinander leben, in Feindschaft, in Kriegen und durch Unterdrückung, sondern in Gemeinschaft miteinander.

Wir haben nur diese eine Erde.

Als eine gewaltige Erweiterung der Freiheit wird die Globalisierung bezeichnet. Aber neben einigen positiven Seiten ermöglicht sie vor allem die Abkopplung der Verantwortung von der Freiheit. Das geschieht im Internet, wo nicht nur Wissen um die Welt gesendet wird.

Die Globalisierung ermöglicht Spekulanten täglich Milliarden Geldbeträge aufzuhäufen, Banken und Betriebe zu kaufen und bei Verlustgeschäften nahezu die gesamte Bevölkerung eines Landes in den Ruin zu stürzen.

Konzerne erklären, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, gehen wir ins Ausland. Um die Steuerflucht zu ver-

hindern, werden die Steuern gesenkt und der Staat nimmt hohe Verluste in Kauf.

Entlarvt sich nicht so die Ohnmacht und Unfreiheit der Regierung?

Neonazis genießen Handlungsfreiheit bei Aufmärschen, beim Verkauf von Musikkassetten, Kleidung und Literatur. Die Regierung wollte die NPD verbieten und scheiterte wegen der eingeschleusten V-Leute.

Und nun scheitern Bürgermeister, wenn sie Kundgebungen verbieten wollen, Sparkassen, wenn sie ein Konto verweigern, Gastwirte, wenn sie Räume für die Hetzkundgebungen verweigern. Und das alles im Namen der Freiheit!

Antifaschistische Gruppen begannen ihren Protest mit der Losung „Nazis raus!“ Wohin raus? In die andere Stadt? Inzwischen ist die Losung klar: „Raus aus den Köpfen!“

Es muss die geistige Auseinandersetzung mit Formen der Ausländerfeindlichkeit und Verherrlichung der Kriegstaten in Vergangenheit und Gegenwart geführt werden.

Natürlich helfen gegen bewaffnete Schläger keine Parolen. Hier ist die Verantwortung des Parlaments als Gesetzgeber, der Richter als Wahrer der schon vorhandenen Gesetze und der Polizei als Ordnungsmacht gefordert.

Wir sind stolz auf die Dreiteilung der Gewalten, aber sie dürfen nicht gegeneinander sondern müssen miteinander wirken.

Im September 1951, als in Deutschland leidenschaftlich diskutiert wurde, ob es eine Chance für die friedliche Wiedervereinigung gibt oder ob ein Krieg ausbrechen wird, schrieb Bertolt Brecht einen offenen „*Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller*“ und forderte sie auf:

„in einem frühen Stadium der erhofften Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung und die Verhinderung eines neuen Weltkrieges ihre Volksvertretungen zu ersuchen, folgende Vorschläge zu besprechen:

- 1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung.*
- 2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung.*
- 3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung.*
- 4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung.*
- 5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung.*

Die Einschränkung:

Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen und für solche, welche den Völkerhass fördern.“

An den Schluss seines Briefes schrieb er das oft in Erinnerung an dieses Thema zitierte Wort:

„Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“

Mit den Kriegen in Jugoslawien, Irak und Afghanistan, den Stellvertreterkriegen in Afrika und den Guerilla-Kämpfen in Asien und Südamerika sowie den weltweit zunehmenden Terrorakten bekam der Hass zwischen Völkern und das Morden eine furchtbare neue Dimension.

Die Forderungen Brechts sind aktueller denn je, sie sollten in jeder Schule, Universität, in jedem Theater und jeder Kunstgalerie zu lesen sein.

Am Ende eines Gesellschaftsentwurfes muss nach meiner Auffassung die Erkenntnis stehen, dass eine andere Welt nicht nur nötig sondern auch möglich ist, wenn durch soziale, de-

mokratische und friedensstiftende Prozesse der Kapitalismus überwunden wird.

Nehmen wir das als die siebente Schlussfolgerung zu unserem Thema.

Das Menschenbild im Spiegel demokratischer und sozialer Entwicklung

Irene Müller

Die Definition des Menschenbildes stellt sich dar als ein Bild des Wesens des Menschen im Zusammenhang zu seiner Umwelt, zu der Stellung des Menschen im Allgemeinen und zur Stellung als Individuum und in der Gemeinschaft.

Diese Definition findet man in der philosophischen Anthropologie.

Das Menschenbild ist Ausdruck einer bestimmten Überzeugung, Lehre und dem Zusammenhang den der Mensch zwischen diesen beiden Punkten vertritt. Zusammenhänge zwischen Mensch und Lehre sind wichtig.

Wir kennen u. a. das christliche, humanistische, darwinsche und andere Menschenbilder.

Den Definitionen des Menschenbildes geht es nicht um die Vorstellung von falsch und richtig, es geht um die unterschiedliche Darstellung in verschiedenen Kulturen, Zeiten, Gesellschaftsordnungen usw.

Wer ist Mensch und wer nicht

Damit stellen wir die erste strittige Frage im Blick auf verschiedene Menschenbilder.

Es gibt sehr wohl die Meinung, dass ein Mensch beginnt mit der Zusammenführung von Samenzelle und Eizelle. Andere Betrachtungsweisen gehen davon aus, dass der Menschen bei der Geburt beginnt.

Es gab sogar die Philosophie, dass der Mensch erst beginnt, wenn er das Sprechen erlernt hat.

In der Geschichte des Menschenbildes gibt es aus philosophischer Sicht umfangreiche Veränderungen.

In der Urzeit können wir das Menschenbild nur ableiten von erhaltenen Steinzeitmalereien bzw. aufgefundenen Grabbeigaben.

Zu vermerken ist, dass es eine Verehrung von Göttern gab, Opfergaben gebracht wurden, um die Götter den Menschen gegenüber positiv zu stimmen.

Im Fortgang der Entwicklung der Menschheit wurde der Schöpfungstheorie sehr viel Achtung zugemessen.

Das können wir anhand von Pfunden aus der Antike beweisen. Mythen, um die Entstehung des Lebens, können wir anhand von Bildern heute noch erkennen.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Mensch und Gottheit, wobei Gott und Mensch zwar sehr ähnlich sind, der Unterschied besteht darin, dass Gott unsterblich, der Mensch sterblich ist.

Wir finden immer wieder Beweise dafür, dass eine Gottheit dem Menschen überlegen ist.

Das Menschenbild in der Antike wird auch von massiven Ungerechtigkeiten geprägt, so dürfen sich als gottähnlich nur die oberen Schichten der Gesellschaft bezeichnen. Sklaven, Frauen und Kinder gehören nicht zu diesen Menschen.

Diese Sicht auf das Menschenbild kann dazu führen, dass der freie Wille des Menschen verneint wird.

Diese Sicht finden wir heute noch im Islam.

Ganz anders stellt sich die Sicht auf das Menschenbild im Buddhismus dar. Gott ist das Schöpferische im Menschen, keine extra Figur.

Das Mittelalter ist geprägt vom Glauben, Aberglauben und der Wiederentdeckung der Wissenschaft aus der Antike.

Somit bleiben zwar Mensch und Gott unbedingt von einander abhängig, trotzdem werden wissenschaftliche Ansätze zur Erklärung der Natur wieder ins Gespräch gebracht.

In der weiteren Entwicklung der Menschheit kommen wir zum Ausgang des Mittelalters in die Zeit der Aufklärung. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt, er wird betrachtet als Individuum.

Der Mensch lernt, sich selbst zu erkennen.

Er erkennt vernünftige Regelungen eigener Belange und die der Geschichte. Ein natürlichwissenschaftlich-rationales Denken wird immer mehr Mittelpunkt der Entwicklung.

Das Bürgertum überwindet die Herrschaft von Kirche und Adel. Ausgangspunkt dabei ist die Zeit der französischen Revolution. Das Menschenbild macht sich unabhängig von Kirche und Gott.

Die Moderne ist geprägt von technischen Erfindungen, kultureller Entwicklung, Säkularisierung (Abtrennung von der Kirche), Hinwendung zum Marxismus und damit zu sozialen Strukturen.

Die Emanzipation von Frauen und die Arbeiterbewegung prägen das Menschenbild. Zugleich stellen wir erste Tendenzen der Liberalisierung fest.

Es entwickelt sich der Faschismus mit all seinen Auswirkungen nach dem 2. Weltkrieg.

Philosophen wie Ar dono und Horkheimer machen in ihrer „*Kritik der Aufklärung*“ eine Überhöhung von unbedingter und schonungsloser Aufklärung zum Grund für die Entwicklung von Faschismus und Terrorismus. Überhöhung der Aufklärung ist eine neue Art der Barbarei.

Der Mensch wird nur noch als materieller Wert gesehen. Damit ist eine Reduzierung des Menschenbildes verbunden.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also in der Moderne, im Kapitalismus, wird die Welt auf Grundlage einer kapitalistischen Demokratie und Definition von Menschenrechten weiter entwickelt.

Der Bürger tritt als Konsument, Wähler und Arbeitnehmer auf. Die Parteienwelt definiert Abweichler in ihrem Menschenbild als nicht nützlich, demzufolge als zu verfolgen und zu vernichten.

Das Menschenbild des Grundgesetzes

Das Menschenbild im Grundgesetz sieht Menschen nicht als isoliertes, auf sich selbst bezogenes Individuum, sondern immer im Kontext zur Gesellschaft. Dabei besteht Spannung zwischen dem Menschen und seiner Stellung in der Gemeinschaft.

Der Eigenwert des Menschen wird nicht anerkannt.

Es gibt aber Grenzen, die durch Gesetzlichkeiten definiert werden müssen und Grundlage sind für das Zusammenleben in der Gemeinschaft.

Nach 1989 hat sich das Menschenbild wieder grundlegend geändert. Die Philosophen sprechen vom Homo oeconomicus. Grundlage dafür ist die Stellung des Menschen in der Informationsgesellschaft, welche auf rationelle und ökonomische Betrachtungsweise ausgerichtet ist.

Der Mensch trifft seine Entscheidungen nach ökonomischen Prinzipien zur Maximierung. Philosophen gehen von der Annahme aus, wie sich zum Beispiel ein wirtschaftlich handelnder Mensch unter bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen verhält.

Damit lassen sich Zusammenhänge in der Wirtschaft beschreiben.

Ralf Dahrendorf hat in seinen philosophischen Betrachtungen das Menschenbild des Homo sociologicus geprägt. Das entspricht einer Gesamtansicht des Menschen in seiner sozialen Rolle in der Gesellschaft.

Der Homo sociologicus ist geprägt von Normen, welche sich in einer Rolle darstellt, die Erfahrungen, Hoffnungen und auch Sanktionen beinhalten.

Er handelt in selbst gefundenen Kompromissen. Seit dem 21. Jahrhundert wird allgemein festgestellt, dass das Menschenbild der „Linken“ seriös betrachtet werden muss.

Entmenschlichung

In der Entwicklung der Geschichte des Menschenbildes und der Antwort auf die Fragen, was ein Mensch ist, wo er beginnt und wo er endet, haben wir es immer wieder mit entmenschlichten Definitionen zu tun.

Eine besondere Ausprägung dieses Menschenbildes erfuhren wir im Faschismus.

Definiert wurde „*unwertes Leben*“. Rassenhygiene wurde zu einem gesellschaftlichen Wert.

Vermeintlich mangelnder Nutzen eines Menschen wurde zur Begründung für Massenmord, Sterilisierung und medizinische Experimente herangezogen.

Auch Künstlerinnen und Künstlern, die nicht in das Menschenbild des Faschismus passten, die der „Norm“ nicht entsprachen, wurden verfolgt und vernichtet.

Entmenschlichungen sind auch in der Darstellung des Kommunismus als Gesellschaftsordnung zu finden.

Begriffe wie Verfall, absterbender Kapitalismus und Bourgeoisie als sterbende Klasse sind Ausdruck von Entmenschlichung.

Schwerverbrechern wird eine ähnliche Kategorisierung unterstellt. Sie werden als Bestien bezeichnet, das bedeutet Tier mit aggressiven, also nicht menschlichen Verhaltensweisen.

Oft finden wir in der Darstellung von Kriegen die Bezeichnung des „bestialischen Gegners“.

Mit diesen Begrifflichkeiten wächst eine Gefahr heran, die sich in Exzessen, „gerechten“ Kriegen und anderen Darstellungen äußert.

Mit diesen Begriffen wird heute z. B. der Krieg im Irak, in Gefangenenlagern der USA auf Kuba und andere Unmenschlichkeiten begründet.

Diese Sicht auf das Menschenbild provoziert in der bürgerlichen Welt die Ausgrenzungen von Menschengruppen. Darunter zählen Menschen mit Behinderungen, welche nicht in das heile Weltbild passen.

Wann beginnt der Mensch, Mensch zu sein?

Im Allgemeinen und im juristischen Sinne bei der Geburt. Andere gehen vom Beginn der Verschmelzung der Eizelle mit der Samenzelle aus. Das ist wichtig für die Betrachtung der Unterbrechung einer Schwangerschaft.

Sprechen die einen von Mord, wenn eine Fetus der Gebärmutter entnommen wird, sehen andere erst nach einer Geburt den Menschen vor sich und sprechen dann von Mord.

In den verschiedenen Weltbildern gibt es eine sehr differenzierte Sichtweise auf den Anfang des Mensch-Seins.

Dieses ist zu akzeptieren und in das Weltbild der jeweiligen Gesellschaft und Religion einzubeziehen.

Wann endet der Mensch?

Juristen definieren das Ende eines Menschen mit dem Hirntod. Diese juristische Definition hat große Bedeutung für die Organspende.

Immer wieder kommt es zu Differenzen zwischen ärztlicher Betrachtungsweise und juristischem Handeln.

Es geht dabei z. B. darum, wie lange darf ein Mensch im Koma gehalten werden, um seine Organe weiter verwenden zu können?

Welche Rechte und Sicherheiten bringt eine Patientenverfügung?

Erbe und Umwelt

Sehr strittig ist die Frage, wie sich Beeinflussungen auswirken. Beeinflusst die Umwelt den Charakter oder ist es umgekehrt? Wie steht es mit ererbten Eigenschaften?

Können sie durch die Umwelt grundsätzlich verändert werden oder ist es eher so, dass menschliche Eigenschaften die Umwelt verändern.

Der freie Wille ist ein wichtiger Inhalt des Menschenbildes. Philosophen fragen, in wieweit der freie Wille des Menschen ausgeübt werden kann.

Ist es noch freier Wille, wenn Erfahrungen den Menschen prägen und damit sein Handeln beeinflussen?

Inwieweit ist der Homo oeconomicus trennbar, wenn Wirtschaft sich Werbung zu Nutze macht?

Gleichheit oder Ungleichheit

Mit dieser Formulierung werfen wir eine alte Streitfrage auf. Auch sie wird durch das Menschenbild bestimmt.

Alle Menschen haben Gemeinsamkeiten die äußerlich auffallen. Grundbedürfnisse gleichen sich, auch Ansichten und Handlungsweisen.

Menschen wollen wohnen, arbeiten und sich ernähren.

Die emotionelle Grundstruktur des Menschen ist festgelegt, unterscheidet sich aber grundsätzlich.

Trotz vieler Unterschiede fragen Philosophen immer wieder, wie gleich bzw. ungleich der Mensch ist.

Ausschlaggebend dafür sind gesellschaftliche Bedingungen und damit die Definition der Lebenssituation von Menschen.

Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2000

An Kirchen, Vereine, Verbände und Parteien wurde die Frage gestellt, wie sie das Menschenbild sehen. Hier einige Auszüge:

► CDU:

Sie beziehen sich auf einen Parteitag 1994.

Dort stellen sie fest, dass von ihnen die Würde des Menschen anerkannt wird und unantastbar ist.

Sie achten jeden Menschen in allen Lebenssituationen. Für sie erwächst die Würde des Menschen aus dem Recht der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Die Schöpfungstheorie wollen sie bewahrt wissen.

► Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft:

Der Mensch ist eine unter zahllosen Erscheinungsformen der Natur eingebundene Art der Evolution.

► Evangelische Kirche Deutschland:

Der Mensch ist eine Gottebenbildlichkeit, frei in der Interpretation seiner Wünsche.

► FDP:

Das Menschenbild orientiert sich an den Grundsätzen der liberalen Bürgergesellschaft.

Jeder Mensch hat das Recht, seine Lebensziele zu bestimmen.

Er strebt nach Glück und sucht seine Chancen.

Er möchte seine Neigungen und Begabungen entwickeln.

► **Die Freimaurer:**

Das Menschenbild stellt sich dar als brüderliche Verbundenheit aller Menschen.

► **PDS:**

Zugesandt wurde das Parteiprogramm von 1993.

► **SPD:**

Zugesandt wurden Auszüge aus dem Parteiprogramm von 1989.

Diese Umfrage wurde durchgeführt vom Verein Humanistische Aktion e.V.

Emanzipation: Ethik der Nicht-Ausgrenzung

Ilja Seifert

Linke, sozialistische Politik wird gern als emanzipatorisch bezeichnet. Was aber ist Emanzipation? Welcher Ethik folgt sie? Aus dem Lateinischen hergeleitet, kann man das Wort mit „Freilassung“ übersetzen.

Etwa seit der Französischen Revolution von 1789 wird unter Emanzipation die Befreiung von Individuen und/oder Gruppen aus rechtlicher, politisch-sozialer, geistiger usw. Unterdrückung verstanden. Spätestens mit dem Beginn der organisierten Arbeiterbewegung und der Verbreitung des Marxismus ist damit auch der Gedanke verbunden, diese Befreiung durch eine solidarische gesellschaftliche Ordnung zu vollenden.

Heute kann uns eine solche Definition nicht mehr genügen. Ein Hauptmerkmal im Selbstverständnis jeder nach Emanzipation strebenden Gruppe ist die *Selbst*-Befreiung.

Die eigene Aktivität steht weit im Vordergrund. Da ist – eher passiv verstehbare – Befreiung, das Befreit-Werden, gar Fremd-Befreiung kein erstrebenswertes Ziel.

Emanzipationsbewegungen haben viele Gesichter

Viele Befreiungsbewegungen – insbesondere seit dem 20. Jahrhundert – nehmen für sich einen emanzipatorischen Charakter in Anspruch: Zuerst denkt man wohl an die Frauenbewegung, die schon im 19. Jahrhundert wurzelt.

Gewiß fällt vielen auch der Befreiungskampf der Afro-Amerikaner ein, der vor allem im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts Erfolge feierte. Bestimmten Kreisen gilt heute allein schon die möglichst schrill-bunte Feier des Christopher

Street-Days als Emanzipations-Beweis der Lesben- und Schwulenbewegung. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen nationalen Befreiungskämpfe – darunter nicht zuletzt der Pazifismus eines Mahatma Gandhi, der wesentlich zur Befreiung Indiens beitrug –, die nach dem II. Weltkrieg zum Zerfall der Kolonialreiche führten.

Klar ist, daß bei weitem nicht alle Akteure sich als „Linke“ verstanden.

Dieser Essay speist sich insbesondere aus Erfahrungen der Behindertenbewegung. Auch sie erhebt einen emanzipatorischen Anspruch. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, daß auch in ihr unterschiedliche Kräfte wirken. Und zwar durchaus nicht immer nur in dieselbe Richtung.

Daraus folgt einerseits größere Vielfalt und andererseits eine Schwächung. Welche Möglichkeiten gibt es, ersteres zu stärken und letzteres zurück zu drängen?

Verschiedenheit der Akteure verlangt Konzentration auf Gemeinsamkeiten

Die Unterschiedlichkeit der wirkenden Kräfte rührt nicht zuletzt aus der Verschiedenheit der Akteure her. Da finden sich Eltern von Kindern, die mit Beeinträchtigungen auf die Welt kamen oder sie im Kindes- bzw. Jugendalter erwarben. Wir finden Ärzte, Therapeuten und anderweitig beruflich interessierte Frauen und Männer.

Etliche Selbsthilfegruppen – insbesondere für chronische Erkrankungen – werden von Ärzten gegründet bzw. wesentlich beeinflusst.

Andere erhalten Fördermittel von Pharmaunternehmen oder Hilfsmittelherstellern. Nicht zuletzt agieren aber auch Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen (fast) jeden Alters selbst in der Behindertenbewegung. Diese wiederum bringen eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Freun-

den, Helfern, Assistenten, auch Partnerinnen und Partnern sowie Kindern mit. Auch deren Interessen stimmen zwar in vielen Punkten überein, sind aber nicht identisch. Hinzu kommt, daß weder der Bildungsgrad noch die soziale Herkunft und/oder Stellung gleich sind.

Die individuellen Lebensentwürfe, Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse, Fähigkeiten, Erwartungen, Hoffnungen und Visionen unterscheiden sich eben so wie Ängste, Vorurteile, Schwächen und Eitelkeiten nicht von denen nicht-behinderter Frauen und Männer.

Ihre praktische Realisierbarkeit stößt allerdings immer noch an die zusätzlichen Grenzen, die von der Behinderung ausgehen. Das ist einer der stärksten Faktoren, die zur Herausbildung eines mehr oder weniger „kollektiven Bewußtseins“ führen konnte. Dies wiederum ist Voraussetzung zum Erkennen gemeinsamer Interessen. Daß es von dieser Erkenntnis bis zur Formulierung gemeinsamer Forderungen und erst recht zum Finden gemeinsamer Wege zu ihrer Durchsetzung – und erst recht zum koordinierten Handeln – noch vieler Schritte bedarf, soll hier nur am Rande erwähnt bleiben.

In der gesellschaftlichen Praxis, in der politischen Landschaft setzen diese Aspekte jedoch sehr markante Orientierungspunkte.

Wer steht an der Spitze einer emanzipatorischen Bewegung?

Nun erscheint es wohl nicht sonderlich überraschend, daß diejenigen Mitglieder dieses so heterogenen Kollektivs, die selbst mit Beeinträchtigungen leben, am ehesten für sich in Anspruch nehmen, an der Spitze einer emanzipatorischen Bewegung zu stehen.

Hier soll durchaus nicht unter den Tisch fallen, daß einige ihrer Protagonisten regelrecht eine Art „Alleinvertretungsanspruch“ (für diese Gruppe) erheben. Die Hauptbegründung für

diesen Anspruch leiten sie aus der Geschichte her, die sie als eine jahrtausende währende Aneinanderreihung von Unterdrückung, Bevormundung, Ausgrenzung und insbesondere Abhängigkeit von „Helfern“ sehen.

Jetzt ginge es darum, die „Machtverhältnisse“ umzukehren:

Bisher seien die behinderten Menschen von der „Güte“, den Almosen, der „Barmherzigkeit“ der Umwelt – sei es die Familie, seien es staatliche oder konfessionelle Einrichtungen – abhängig gewesen.

In Zukunft soll dieses Verhältnis dadurch „umgekehrt“ werden, daß sie (die Menschen mit Behinderungen) selbst ihre Helfer – die dann Assistenten genannt werden – anstellen. Sie wollen ihre Assistentinnen und Assistenten selbst ausbilden, anleiten, Ort, Art und Zeitpunkt der Assistenz-Arbeit bestimmen und dafür Lohn zahlen. Alles auf vertraglicher Basis.

Da man einen emanzipatorischen Anspruch hat, soll dieser Lohn durchaus gut sein. Man erwartet ja auch gute Arbeit. Das heißt vor allem: hohe Einsatzbereitschaft. Für diese Gruppe handelt es sich im eigenen Selbstverständnis tatsächlich um einen Akt der Selbstbefreiung.

Die Geschichte zeigt, daß auch in emanzipatorischen Bewegungen immer wieder einzelne, herausragende Führungspersonlichkeiten auftauchten. Auch ist es nicht selten, daß bestimmte Gruppen eine solche Funktion erlangen. Ihrem inneren Charakter nach ist derartigen Bewegungen aber das Führungsprinzip fremd. Ein Paradoxon. Aber ein Faktum.

Die eigenen (Gruppen)Interessen erkennen, heißt, sich von anderen abzugrenzen, sie auszugrenzen

An dieser Stelle offenbart sich eine der Achillesfersen emanzipatorischer Bewegungen: Sie grenzen aus.

Um sich seiner selbst bewußt zu werden – in diesem Falle: um sich seiner kollektiven Identität, seiner kollektiven Interessen bewußt zu werden – muß man sich abgrenzen. Und damit grenzt man andere aus. Unvermeidlicherweise.

Diese Abgrenzung – und die damit verbundene Ausgrenzung – richtet sich nun in erster Linie gegen diejenigen, die einem am nächsten stehen.

Das ist ja auch klar, denn die Unterschiede, die unterschiedlichen Identitäten, die unterschiedlichen Interessen zu weiter entfernten Gruppen liegen eher auf der Hand. Die muß man nicht sonderlich betonen. Die sind „selbstverständlich“.

Nicht ganz so selbstverständlich scheinen die verschiedenen Interessen zwischen Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen zu sein. Es gibt schließlich Familieninteressen. Auch scheinen sowohl Ärzte und Therapeuten genau so an einer Verbesserung des Allgemeinbefindens chronisch kranker und/oder behinderter Menschen interessiert zu sein wie die Betroffenen selbst.

In Wirklichkeit gibt es den „kleinen Unterschied“, daß die einen andere heilen, womöglich „reparieren“, ggf. forschen, nicht zuletzt daran verdienen wollen, während die anderen u.U. *mit* ihren Besonderheiten, die für sie Lebensselbstverständlichkeiten sind, da sie sich selbst gar nicht anders kennen, nur gut leben wollen. Wieder andere finden sich mehr oder weniger mit ihren Beeinträchtigungen ab.

Es kommt also auf die Perspektive an: Steht das Trennende oder das Verbindende im Vordergrund? Und wir dürfen die verschiedenen Interessenlagen nicht aus den Augen verlieren. Wo stimmen Interessen überein? Wo laufen sie zuwider? Schließlich: Wie gelingt es, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu rücken, ohne die Unterschiede zu ignorieren oder zu nivellieren?

Eigene Betroffenheit nicht über andere Betroffenheiten stellen

Unterschiedliche Interessen können verschiedene Ursachen haben. Eine davon ist die Sicht auf die jeweils eigene Betroffenheit. Da begegnen uns merkwürdige Phänomene.

Einerseits scheint es typisch zu sein, die eigene Betroffenheit (den Grad der eigenen Diskriminiertheit, Verletzttheit, des eigenen Ausgegrenzt-Seins) für besonders schwer zu halten. Daraus folgt die „logische“ Konsequenz, anzunehmen, daß es sinnvoll, richtig und notwendig sei, diese Art von Betroffenheit (Behinderung) besonders in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken und die daraus folgenden Benachteiligungen zuerst zu beseitigen.

Zumeist wird damit sogar noch die Meinung vertreten, daß dadurch auch gleich allen – zumindest vielen – Anderen geholfen würde. Allerdings hat diese Sicht auf das Problem die fatale Wirkung, andere Betroffenheiten für weniger relevant zu halten. Besonders erstaunlich an dieser – ziemlich weit verbreiteten – Haltung erscheint mir, daß fast all ihre Vertreter gleichzeitig betonen, froh zu sein, vor den jeweils anderen Betroffenheiten (Beeinträchtigungen) verschont zu bleiben.

Also: Blinde möchten nicht mit Rollstuhlfahrern tauschen, obwohl sie häufig meinen, daß gerade denen ja alles vorn und hinten hineingesteckt würde. Und überhaupt empfinden sie es als diskriminierend, daß auf Piktogrammen ein stilisierter Rollstuhlfahrer das Symbol für die Behinderten ist. Umgekehrt sagen insbesondere Querschnittsgelähmte oft, daß sie froh seien, ihr Augenlicht behalten zu haben.

Aber „die Blinden“ seien überheblich und würden die Probleme von Rollstuhlfahrern nicht verstehen wollen.

Das liegt z.B. daran, daß letztere überall möglichst stufen- und absatzlose Übergänge brauchen, für blinde Menschen eine ertastbare Kante aber sehr wünschenswert ist. Auch

zwischen hörbehinderten, psychisch kranken und Menschen mit so genannten „geistigen Behinderungen“ kenne ich mannigfaltige Differenzen dieser Art.

Gemeinsamkeiten finden

Viele davon könnte man leicht als persönliche Animositäten abtun. Im politischen Raum erweisen sich aber gerade solche Lappalien häufig als Spaltpilze, die koordiniertes Handeln be-, manchmal sogar verhindern. Es kommt also darauf an, die gemeinsamen Interessen zu finden.

Dazu gehört u.a., daß Jede, Jeder und auch Angehörige aller (Behinderten)Gruppen selbstbestimmt leben möchte. Jede, Jeder und Angehörige aller Gruppen wollen am gesellschaftlichen und privaten Leben teilhaben.

Jede, Jeder und Angehörige aller Einzelinteressen sehnen sich nach Liebe, nach Anerkennung, nach Partnerschaft. Jede, Jeder und Angehörige jeder Minderheit möchten die Wohnform nach eigenen Wünschen gestalten, sich den Lebensunterhalt selbst verdienen, die Freizeit genießen, sich kulturell, sportlich, wissenschaftlich oder als Sammler betätigen, das Wissen erweitern, die Welt anschauen.

All diese Bedürfnisse unterscheiden sich nicht – oder nur graduell – von denen nicht-behinderter Menschen. Merkwürdigerweise käme bei letzteren kaum jemand auf den Gedanken, solche Wünsche für übertrieben, unerfüllbar und/oder utopisch zu erklären.

Behinderte Menschen stoßen jedoch immer wieder und auch (fast) überall auf solche „Argumente“: *„Das kannst Du doch nicht.“* *„Wie soll denn das gehen?“* *„Schätz´ endlich mal Deine Möglichkeiten real ein.“* *„Muß denn das wirklich sein?“* usw.

Hier gibt es also nicht nur gleiche Bedürfnisse und daraus abgeleitete gemeinsame Interessen, sondern auch Gegner, die in diesem Falle d e n B e h i n d e r t e n gegenüber

stehen. Wer deren Defizite in den Vordergrund stellt oder die Menschen gar darauf reduziert, ignoriert die – durchaus erheblichen – Unterschiede sowohl zwischen den Individuen als auch zwischen den verschiedenen Behindertengruppen.

Damit tragen die Gegner nicht unwesentlich zu einer kollektiven Identitätsfindung bei. Ein weiteres Paradoxon. Aber auch ein wichtiger Faktor.

Er trägt zu der Erkenntnis bei, daß Emanzipation, Selbstbefreiung eher Aussicht auf Erfolg hat, wenn sich Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen gemeinsam wehren.

Darüber hinaus geht es aber darum, die Anderen nicht nur als notwendige Verstärkung für den eigenen (Selbstbefreiungs-)Kampf mißzuverstehen, sondern – im Gegenteil – sich deren Kampf zu eigen zu machen.

Dazu ist es erforderlich, deren Interessen, also auch ihre Bedürfnisse als mindestens genauso vordringlich anzusehen wie die eigenen. Wenn das gelingt, fällt es jedem Gegner ziemlich schwer, Keile einzutreiben.

Nichtausgrenzung: ein hehres Prinzip

Wir – die vermeintlich (oder wirklich?) „Schwächsten der Gesellschaft“ – müssen die Nichtausgrenzung zu einem unserer hehrsten Prinzipien machen. Die Einbeziehung der Interessen „der Anderen“ in das eigene Selbstverständnis ist ein guter Schritt in Richtung auf kooperatives Handeln. Das beginnt bei bewußter Nicht-Aussonderung, Nicht-Ausgrenzung. Emanzipatorischer Bewegung muß eine Ethik zugrunde liegen, die diesen Prinzipien folgt.

Emanzipation ist jedoch kein „Privileg“ der Behindertenbewegung. Emanzipation, Selbstbefreiung braucht die gesamte Gesellschaft. Nur Selbstbefreiung kann als wirkliche Befreiung begriffen werden. Nur selbst errungene Freiheit wird als

solche verstanden und geachtet. Nur selbst geschaffene Werte sind wertvoll.

Deshalb gilt, was hier am Beispiel einiger Erfahrungen aus der Behindertenbewegung vorgetragen wurde, mit sehr geringen Nuancen auch für andere emanzipatorische Bewegungen. Erst recht für eine linke, emanzipatorische Partei, die ja ihr Selbstverständnis u.a. gerade darauf gründet, Interessenvertreterin der (sozial) „Schwachen“, der Ausgegrenzten, derjenigen zu sein, die des Schutzes der Gesellschaft stärker bedürfen.

Ausgrenzung beginnt mit abfälligen Bemerkungen

Mich ärgert es, wenn in großen Zusammenkünften und feierlichen Deklarationen mit großem Pathos gesagt wird, daß alle diskriminierten Gruppen selbstverständlich zusammenarbeiten, gemeinsam kämpfen und sich gegenseitig solidarisch unterstützen müssen und wollen, im Anschluß daran aber Vertreterinnen und Vertreter jeder Gruppe abfällige Bemerkungen über die jeweils Anderen machen. Menschen mit Behinderungen sagen dann: „*Wir sind doch keine Ausländer!*“
Lesben und Schwule: „*Aber wir sind doch nicht behindert.*“
Migranten: „*Wir sind doch nicht schwul.*“

Und schon sind wir wieder fröhlich gegeneinander ausgespielt. Nein, wir taten es selbst.

Ausgrenzung beginnt oft mit abfälligen – gelegentlich sogar noch „witzig“ gemeinten – Bemerkungen.

Das macht es den Diskriminierern leicht. Sie brauchen – wo solche Meinungen bestehen oder gar vorherrschen – uns nicht offen aufeinander zu hetzen. Täten sie das, könnten wir ja dahinter kommen. Das wiederum könnte uns inne halten lassen. So könnten wir unseren wirklichen Gegnern, den Diskriminierern tatsächlich gefährlich werden. So könnten wir sie entlarven. So könnten wir ihnen womöglich das schmutzige Handwerk legen.

Also bedarf es des Willens – und der Kraft, ihn umzusetzen – zur Nicht-Ausgrenzung, zur Nicht-Aussonderung. So wichtig es ist, eigene Interessen zu erkennen, zu formulieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, genauso wichtig ist es, die Interessen der Anderen, Nahestehenden als gleichwertig zu achten.

So, wie es nicht nur dumm sondern u.U. verhängnisvoll ist, wenn sich blinde Menschen über gehbehinderte erheben, wenn sich hörgeschädigte besser dünken als lernbehinderte, wenn psychisch kranke Frauen und Männer ihre Probleme für größer halten als die von Eltern mit behinderten Kindern usw., so dumm und verhängnisvoll ist es, wenn andere Minderheiten sich jeweils selbst überhöhen.

Linke, sozialistische Politik ist emanzipatorisch oder sie ist weder links noch sozialistisch. Wir müssen einer Ethik der Nicht-Ausgrenzung folgen.

Wir fordern eine menschliche Gesellschaft

Ralf Sondermeyer

Als ich mir dieses Thema durch den Kopf gehen ließ und mir Gedanken darüber machte, wie politische Antworten auf dieses menschliche und philosophische Problem gefunden werden könnten, ohne in eine Aufzählung von politischen Einzelforderungen zu verfallen, wurde mir klar, diese Quadratur des Kreises ist eigentlich nicht möglich.

Sicher ist es notwendig, alte überholte Muster aufzubrechen und bewährte Denkweisen auszubauen. Dennoch geht es gerade bei einer modernen linken selbstbestimmten Behindertenpolitik und deren Bild von einer menschlichen Gesellschaft nicht ohne immerwährendes kritisches Hinterfragen und auch darum, das unausgesprochene anzusprechen und mit Thesen zu provozieren.

Nur ein stetiger Meinungs austausch bringt uns unserem gemeinsamen Ziel, der menschlichen Gesellschaft, näher.

Wir fordern eine moderne Gesellschaft an der alle Menschen nach ihren Möglichkeiten teilhaben sollen und die, die es nicht können, durch alle Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs teilhaben sollen.

Doch ist das der Gedanke, den wir als Linke Behindertenbewegung so stehen lassen können?

Ich denke NEIN!

Moderne linke Behindertenpolitik, die sich auf den Lebensbereich aller Menschen auswirkt und sie auf ihrem gesamten Lebensweg begleitet, kann sich nicht darauf begrenzen, Nachteilsausgleiche zu schaffen.

Ein gerechtes Land und eine gerechte Welt braucht ein gerechtes System.

Dieses System ist die Voraussetzung um eine moderne menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen.

Wenn wir dies erreichen wollen und die klaren Wege zu diesem Ziel formulieren und gehen wollen, ist es notwendig, zwischen Anspruch, Wirklichkeit und Können zu reflektieren.

Es gilt zuerst eine kleine Sammlung der Menschlichkeit unserer Gesellschaft zu erfassen.

Dabei geht es nicht um die sozialen Grausamkeiten der Regierungen auf allen Ebenen in den letzten Jahren, sondern darum, zu sehen, welchen Stand unsere Gesellschaft erreicht hat.

Als Beispiel : die Ich- AG.

Ein Begriff, der durch die Schröder-Regierung geprägt worden ist, um ein Wunder auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken.

Ich stelle in den Raum, dass wir, in der BRD, ein Volk von Millionen Ich ´- AG haben. Ich meine hier nicht das Arbeitsmarktmodell!

Viele Bereiche wie Solidarität, Feingefühl, Zivilcourage, aber auch solche Begriffe wie Nächstenliebe wurden aus den Köpfen der Menschen entfernt.

Es dürfte nicht schwer zu erkennen sein, dass diese Denkweise in den Köpfen von außen installiert worden ist.

Eine Lüge muss nur so oft wiederholt werden, bis sie genug Menschen als Wahrheit glauben. Wie sonst ist es zu erklären, dass ich folgende Fragen stellen kann:

Ist es eine menschliche Gesellschaft, wenn wir den Menschen immer wieder erklären, dass kein Geld da ist, um soziale Standards zu halten oder auszubauen?

Ist es eine menschliche Gesellschaft, wenn wir unseren Mitarbeitern in Ämtern und Behörden einbläuen, dass es das ober-

ste Ziel ihrer Tätigkeit sein muss, dass unterm Strich am Jahresende ein Plus im Haushalt dieses Amtes steht?

Nehmen wir doch einmal kleine praktische Beispiele, wie sich im Laufe der letzten Jahre die menschliche Gesellschaft verändert hat und damit schon die Grundvoraussetzungen bilden, was wir als linke selbstbestimmte Behindertenpolitik fordern müssen, um eine menschliche Gesellschaft zu erreichen.

Jeder Mensch, der wie ich vor Jahren zum Arbeitsamt gehen musste, weil er seinen Beruf (ich spreche hier bewusst von Beruf und somit von Berufung und nicht von Jobs) aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben konnte, wurde individuell nach seinen verbliebenen gesundheitlichen Möglichkeiten ausführlich beraten und gefördert.

Dass Umschulungen in der Regel auch für den Umschüler ein finanziell gesichertes Leben bedeuteten, sein hier nur am Rande erwähnt. Heute ist es grundsätzlich so, dass Menschen in der Agentur für Arbeit Kunden sind, man eine Nummer ziehen muss und von dem oder der Sachbearbeiterin auch wie eine Nummer behandelt wird. Immer seltener steht der Mensch im Vordergrund.

Es wird, das sei hier am Rande vermerkt, in allen öffentlichen Strukturen bewusst von Kunden gesprochen, um im Unterbewusstsein der Menschen zu erreichen, dass sie Kunden sind und somit König. Doch wenn der König kein Geld mehr hat, ist er dann noch Kunde? Ist er dann noch Mensch?

Ein Mensch, der durch eine Krankheit oder Behinderung von Geburt an arbeitsunfähig ist, wird nach wie vor auf ein Einkommen verwiesen, das früher als Sozialhilfe bezeichnet wurde und nun Sozialgeld genannt wird. Es ist ein Leben auf der untersten Stufe der sozialen Leiter ohne jemals die Möglichkeit zu haben, aus eigener Kraft sich ein besseres Leben ausgestalten zu können, solange das Finanzielle in unserer Gesellschaft im Vordergrund steht. Jeder Gang zum Amt, sei es das Amt für Grundsicherung, Versorgungsamt oder, oder, oder,

wird ein Gang als Bittsteller mit der entsprechenden Behandlung eben als solcher.

Es ist für viele Menschen ein täglicher Kampf mit dem Irrsinn der Bestimmungen oder, besser gesagt, dem Behördenwahnsinn.

Die Schlussfolgerung daraus lautet :

Es steht fest, dass wir die Dinge, an denen viele verzweifeln, weil sie diese für schlecht gemachte Gesetze oder unüberlegte Ausführungsbestimmungen halten. Bewusst viele offene Punkte haben damit die Menschen, sich mit diesen Dingen, oft vor Gericht, beschäftigen müssen und somit nicht die Zeit haben, sich mit den wirklichen Drahtziehern der Politik, Wirtschaft und Kapital auseinanderzusetzen.

Außenminister Hans Walter Steinmeier sagte in einem Grußwort zum 31. Evangelischen Kirchentag in Köln in diesem Jahr unter anderem:

„Eine menschliche Gesellschaft braucht aber vor allem soziale Netze - in der Familie, in der Kirchengemeinde, im Freundeskreis. Kein voller Geldbeutel kann gute Freunde ersetzen. Wenn wir in Not sind, gilt immer noch das alte Motto: Menschen für Menschen.“

Doch was nützt es einem Menschen in der Not, frage ich, wenn dieser zwar Menschen um sich hat, die ihm beistehen, Mut zusprechen oder ihn versorgen und pflegen, wenn nicht dieser Geldbeutel wäre, der so leer ist, dass selbst menschliche Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können?

Die logische Konsequenz aus diesem Gegensatz muss daher lauten, dass wir neben der Menschlichkeit, Zuneigung, dem Füreinander da sein, einen echten Nachteilsausgleich für alle Menschen bekommen.

Es kann und darf uns nicht darum gehen, dass wir als linke selbstbestimmte Behindertenpolitiker nur für unsere Klientel eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum fordern.

Wir dürfen den Blick für das Ganze nicht aus den Augen verlieren.

Im Zusammenhang der Konsequenz der Gegensätze müssen wir für die Entwicklung und den Erhalt einer menschlichen Gesellschaft den Aspekt der Erhaltung des Erreichten ein wenig genauer betrachten.

In der DDR haben sich die Frauen durch jahrelanges Wirken in verschiedensten Stellen und der Bildung dazu entwickelt, dass sie sich als vollkommen gleichberechtigte Menschen in der Gesellschaft betrachteten und auch so wahrgenommen wurden.

Es ist daher nicht nachvollziehbar, wieso eben diese Menschen das Erreichte nach der Wende schnell wieder verloren haben und sich oft freiwillig auf das alte, konservative Familienbild reduzieren ließen.

Es ist nicht nur damit zu erklären, dass den Frauen die Möglichkeiten der Entfaltung genommen wurden, sondern es muss auch etwas in der Denkstruktur der Menschen verändert worden sein.

Ich möchte schon ein wenig ketzerisch fragen, ob es nicht auch an der Bequemlichkeit liegt, sich auf den Flecken Frieden zurückzuziehen, den einem das Kapital lässt.

Nach dem Motto: Solange mein Mann noch Arbeit hat, geht es ja noch.

Wie also kann verhindert werden, dass Menschen ihre erkämpften Rechte und Privilegien wieder freiwillig preisgeben?

Ist dies in einer Welt, die digitalisiert bis in unsere letzten Lebensräume vordringt, überhaupt möglich?

Ist es nicht so, dass was wir auch als Freiheit der Informationen verstehen, von den Mächtigen und dem Kapital benutzt werden, um den Menschen zu manipulieren?

Es erfordert von uns eine enorme Kraftanstrengung, die Menschen davon zu überzeugen, dass nur eine starke Persönlichkeit der Manipulation widerstehen kann.

Wir müssen die Menschen davon überzeugen.

Ein wesentlicher Punkt in der Überzeugungsarbeit ist jedoch das Verhalten der Menschen, die überzeugen wollen. Ich frage offen, ob wir als Linke, unabhängig von der Partei, wirklich unseren eigenen Ansprüchen genügen.

Stellen wir nicht auch in unseren Reihen fest, dass Linke untereinander auch die Ellenbogen benutzen, um ein persönliches Vorankommen zu sichern?

Daraus ergibt sich für mich auch die Frage,

wie es sein kann, dass wir, auch in der Linken, vorgerechnet bekommen, was uns eine „Barrierefreiheit“ kosten würde und dass sich das doch nicht immer lohnt. Da denke ich an ein Plakat mit folgender Aufschrift:

*„Dieser Erbkrankte kostet in seinem Leben 64.000 RM.
Volksgenosse, es ist auch dein Geld!“*

Dieser Spruch stammt von einem Plakat der Nazis zur Vorbereitung der Bevölkerung auf die Euthanasie.

Wie soll eine linke Bewegung Menschen überzeugen, wenn wir selbst in die Fallen tapsen und das Geschichtliche vergessen.

Wir müssen überdenken, was wir sagen.

Nur dann können wir die menschliche Gesellschaft vorleben und einfordern.

Nur wenn wir selber nicht diskriminieren haben wir das Recht uns dieses zu verbieten.

Menschen bilden und aufklären ist ein weiterer Punkt, den wir auf dem Weg zu einer menschlichen Gesellschaft beachten müssen.

Es ist schwierig in einer Zeit, in der die Massenpsychologie durch die Herrschenden wieder perfekt initiiert wird.

Es muss gelingen, dass der Mensch erkennen kann, was eine Worthülse aus dem Mund einer Politikerin wirklich heißt.

So sagte nun die Bundesministerin Ulla Schmidt zur geplanten Pflegereform, dass es notwendig ist, dass das Pflegepersonal besser bezahlt werden muss.

Sie sagte auch, dass es mehr Geld geben wird und die Leistungen aus der Pflegeversicherung angehoben werden.

Doch wer von den Menschen auf der Straße versteht die Bemerkung von ihr, dass sie hofft, dass das Geld auch bei den Mitarbeitern ankommt.

Es soll wohl eher heißen, dass die großen Heimbetreiber eine Finanzspritze bekommen sollen.

Nach außen sieht es aber so aus, als wenn wir einen sozialen Fortschritt machen, auf den man stolz sein kann.

Wirken wir also dahin, dass alle Menschen in der Lage sein werden, diese Lügen zu enttarnen.

Wenn uns dies gelingt, erreichen wir auch eine größere Basis, um den Druck auf die Regierenden zu erhöhen, mit uns den Weg zu einer menschlichen Gesellschaft zu gehen.

Welche Forderungen und Schlussfolgerungen ergeben sich nun aus dem zurzeit desorientierten Menschenbild unserer Gesellschaft?

Die menschliche Gesellschaft bildet auf jeder ihrer Entwicklungsstufen, sowie in ihren unterschiedlichen Formen und Ordnungen, verschiedene Gesellschaftssysteme. Alle höher entwickelten Gesellschaftsordnungen zeigen eine Stufung nach Ständen oder Klassen.

Dies zeigt sich immer wieder in den vergangenen Jahrhunderten.

Egal, ob real existierender Sozialismus, Kapitalismus, Feudalismus oder parlamentarische Demokratie nach westlichen Weltbild. Alle gesellschaftlichen Modelle funktionieren zurzeit nur auf dem Einklassenmodell.

Ich wage es zu bezweifeln, dass wir eine klassenlose Gesellschaft erreichen können. Auch wenn Marx versucht hat zu zeigen, dass es geht.

Damit stellt sich auch die Frage, ob die Individualität des einzelnen Wesens nicht verkümmern würde, wenn wir die klassenlose Gesellschaft erreichen, ohne den Einzelnen zu stärken?

Es muss in der Folge aus der Stärkung des Einzelnen hinterfragt werden, ob eben diese Individualität des Einzelnen nicht die zerstörerische Kraft hat, um die menschliche Gesellschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen?

Es kann also im ersten Schritt nur darum gehen, dass wir die Unterschiede zwischen den Klassen verkleinern und jedem Menschen ein gerechtes Leben ermöglichen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass ich mir nicht anmaße zu bestimmen, welche Klassen es gibt.

Ich denke auch, dass wir das alte Klassendenken, wie es auch heute noch vorhanden ist, in wenigen Jahren nicht mehr kennen werden.

Der Begriff der Klasse ist ein in sich veränderbarer Begriff, der sich mit der Individualität der Epochen verändert.

Welche Möglichkeiten des Weges zu einer modernen menschlichen Gesellschaft ergeben sich daraus?

Das ist die Kernfrage, mit der sich auch die Frage nach den politischen Ansätzen erschließt.

Es ist nur sehr schwer möglich, eine Gesellschaft zu verändern, die in ihren Schienen eingefahren ist und die kein links und kein rechts des Weges mehr kennt.

Wir müssten also beginnen mit den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft ein menschliches Gesellschaftsbild zu erlernen, zu erarbeiten und vor allen Dingen auch zu bewahren, wenn wir eine dauerhafte menschliche Gesellschaft erreichen wollen.

Daher ist es notwendig, dass wir es schaffen, die Menschen, die in den Bereichen der ersten Bildungsstufe tätig sind, davon zu überzeugen:

- die Menschen, die sie hier erziehen, prägen das Gesellschaftsbild von morgen
- die Menschen, die sie hier erziehen, können noch von der Normalität des Anderssein überzeugt werden
- die Kinder, die sie heute formen, können die Multiplikatoren sein, die es morgen schaffen, eine größere Menge an Menschen zu überzeugen, für eine menschliche Gesellschaft zu kämpfen.

Es ist klar, dass wir heute und in den nächsten Jahren nur eine punktuelle Verbesserung der Lebenssituation der Individuen erreichen können.

Eine grundlegende Wende hin zu einer wirklich menschlichen Gesellschaft können wir nur langfristig erreichen.

Es soll uns aber nicht entmutigen, heute damit zu beginnen, die ersten Schritte in diese Richtung zu gehen.

Nur wer geht, kommt eines Tages am Ziel an.

Ich möchte schließen mit einem Gedanken, der mir dieser Tage im Internet erstmalig über den Weg gelaufen ist:

Philosophie sei ihrem Wesen nach immer Theologie, wenn sie sich nicht als Interpretation des Menschseins aufgibt

DIE LINKE sieht sich als eine emanzipatorische Partei, eine Partei die die Voraussetzungen für eine Gesellschaft schaffen will, in denen alle Menschen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit besitzen.

DIE LINKE folgt dem Grundsatz der Nichtausgrenzung und steht für eine bunte und freiheitliche Gesellschaft.

Doch mit dem Bunten haben manche Menschen Probleme. Es geht um Respekt und Offenheit gegenüber dem so genannten „anders“ sein.

Anders sein bedeutet, ein Mann ist anders als eine Frau, ein Kind anders als ein erwachsener Mensch. Ein Punk sieht anders aus als eine Verwaltungsfachangestellte, ein Kaukasier anders als ein Schwarzafrikaner.

Wir sind uns einig, dass sind Menschen. Menschen, die unsere Solidarität und unseren Respekt verdienen.

Für uns ist es selbstverständlich dass alle Menschen ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe besitzen.

Und wenn den Menschen dieses Recht verwehrt wird, kämpfen wir an ihrer Seite, sei es parlamentarisch oder außerparlamentarisch.

Wie sieht es nun mit den Menschen aus, die nicht hören oder sehen? Mit Menschen die aufgrund einer körperlichen oder kognitiven Behinderung auf Assistenz angewiesen sind? Wie

sieht es mit den Menschen aus, die mit einer Chromosomenvariante auf die Welt kommen?

Hier wird nicht vom „anders sein“ gesprochen, sondern direkt mit dem so genannten „Leidbegriff“ hantiert.

Man empfindet Mitleid mit der Frau, deren beide Beine, aufgrund einer Erkrankung, amputiert wurden. Man empfindet Mitleid mit den Eltern, die ein Kind mit Down-Syndrom zur Welt gebracht haben.

Diesem „Leid“ möchte man ein Ende setzen.

Wäre es da nicht besser für alle Beteiligten, wenn sie gar nicht erst auf die Welt kämen, oder, wenn sie schon da sind, ihnen die Möglichkeit zu schaffen, selbstbestimmt ihrem Leben ein Ende zu setzen?

Der Gedanke, Menschen mit bestimmten Beeinträchtigungen das Recht auf Leben abzusprechen hat eine lange Tradition und ist untrennbar mit dem Begriff der Eugenik verbunden.

Eugenik bedeutet die Selektion von Menschen in wertvolle und nicht wertvolle bzw. lebenswerte und lebensunwerte. In unserer kapitalistischen Gesellschaft sind die Menschen wertvoll, die als Ware Mensch gewinnbringend profitmaximierend eingesetzt werden können.

Dass sind junge, gesunde, leistungsstarke, nicht behinderte Menschen.

Doch was ist mit den anderen?

Die Novellierung des §218, die unmittelbar mit den Möglichkeiten der Pränataldiagnostik in Zusammenhang steht, hat Rahmenbedingungen geschaffen, dass Menschen mit einer Behinderung nicht auf die Welt kommen.

Die Diskussion über die aktive Sterbehilfe zielt in die gleiche Richtung.

Es wird nicht nach lebensbejahenden Lösungen gesucht, sondern davon ausgegangen, dass ein Leben mit einer Behinderung oder Krankheit nicht lohnt und mit Leid verbunden ist. Es wird aberkannt, dass Behinderung oder Krankheit Teil menschlichen Daseins ist.

Wenn wir eine emanzipatorische Gesellschaft aufbauen wollen, die bunt und freiheitlich, solidarisch und gerecht sein soll, können wir uns nicht länger erlauben, so zu tun, als ginge es um die bloße Vergabe von Mitteln zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen die sie nötig brauchen.

Hier geht es um mehr.

Es geht um eine Gesellschaft in der es selbstverständlich ist, dass Menschen mit Behinderungen nicht ausgegrenzt werden und alle Unterstützung bekommen, die sie benötigen, um ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Hier geht es um den gesellschaftlichen Konsens, dass Menschenwürde unteilbar ist.

Flexibel genug für Vielfalt?

Von „Minderheiten“

zum Diversity Mainstreaming

Susanne Baumstark

„Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“

So lautet der erste Paragraph des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das hierzulande am 18. August 2006 in Kraft trat.

Mit der Aufnahme verschiedener Diskriminierungsmerkmale in diesem Paragraph ist beim AGG der Diversity-Ansatz erkennbar.

Diversity heißt Vielfalt, Verschiedenheit und Diversity Mainstreaming (Strömung, Trend) will sich als Handlungsorientierung verstanden wissen, um persönliche, gesellschaftliche sowie institutionelle Barrieren zu entdecken und abzubauen.

Diversity Mainstreaming – auch als Politik der Vielfalt, Politik der Verschiedenheit oder Diversitätspolitik bezeichnet - geht über die Zielsetzung der Gleichstellung nach dem Gender Mainstreaming (Chancengleichheit von Frauen und Männern) hinaus.

Diversitätspolitik will eine Enthierarchisierung von Diskriminierungstatbeständen wie Geschlechterdiskriminierung, Rassismus, Behindertenfeindlichkeit, Altersdiskriminierung etc. erreichen.

Beim Zusammenbinden der einzelnen Ansätze aus der Antidiskriminierungsarbeit sollen die einzelnen Handlungsfelder gleichrangig und ganzheitlich betrachtet werden, ohne jeweils an Bedeutung zu verlieren.

Es geht darum, lebensweltliche Differenzen anzuerkennen und Übersetzungsarbeit zu leisten, Verschiedenheit auszuhalten statt diese durch Eingliederung im Sinne von Assimilation einzuebnen (Homogenisierungsstrategie), feste Gruppenzuschreibung und fachlich isoliertes Nebeneinanderher zu überwinden.

Diversitätspolitik bemüht sich um einen Perspektivenwechsel - von zielgruppen- und defizitorientierter Minderheitenperspektive als Sonderprobleme hin zu zielgruppenübergreifender, ressourcenorientierter Handlungsstrategie.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Individuen – im gesellschaftlichen und organisationalen Kontext – werden in integraler Sichtweise beleuchtet und in der Folge sollen ganzheitliche (integrierende) Regelungen zur Erkennung von Diskriminierungsmustern und Bekämpfung des Wirkungsmodus der Diskriminierung entwickelt werden.

Es geht um eine Haltung in allen Gesellschaftsbereichen mit dem langfristigen Ziel: vom Antidiskriminierungsauftrag hin zu einer Kultur der Anerkennung und Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt.

Entwicklung von Diversity

Seine frühesten Wurzeln hat Diversity in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

Die Umsetzung dieses Denkansatzes trieben aber bisher vorwiegend Unternehmen in Form des Diversity Management voran und konstruierten damit einen neuen Personal- und Organisationsentwicklungsansatz, mit dem durch Berücksichti-

gung der Vielfalt beim Personal und im Kundenkreis Produktivitätssteigerung erreicht werden soll.

In Deutschland sind vor allem Großunternehmen wie Ford und Lufthansa bei der Umsetzung des Diversity-Konzepts.

In der Folge als weiteres neoliberales Managementkonzept betrachtet („Kapitalisierung individueller Kompetenzen“) – als rein wirtschaftliches Kalkül ohne politischen Hintergrund - werden Diversity-Ansätze aber zunehmend auch für die Soziale Arbeit und Verwaltungen im Non-Profit-Bereich interessant (etwa in der schwedischen Kommunalverwaltung oder Sozialen Diensten), die sich vom Diversity-Verständnis der Unternehmen abgrenzen.

Hier spielt vor allem die Erfahrung der Sozialen Arbeit eine Rolle, dass minderheitenorientierte Zielgruppenarbeit zu Ausgrenzung und Stigmatisierung führt.

Die bisherige Institutionalisierung der verschiedenen Gruppen soll durchlässiger und die Verwaltung bürgernäher werden. Künftig könnten etwa die Aufgaben der Frauenbeauftragten, Behindertenbeauftragten, Ausländerbeauftragten etc. in Diversity-Zentren zusammengefasst werden.

Die Kunst wird dabei sein, den einzelnen Fachgebieten nicht weniger Bedeutung zuzumessen als vorher (Gefahr des Stellenabbaus / Konkurrenz um Budgets), sondern Gemeinsamkeiten festzustellen, um für die Anerkennung von Vielfalt noch effektiver zu kämpfen.

Mittlerweile sind auch internationale Großstädte auf dem Weg zu einer städtischen Diversitätspolitik wie Toronto, Birmingham, Stockholm, Bern, Wien oder Amsterdam. Jüngst wird Diversity ebenfalls als Ansatz in der politischen Parteientwicklung diskutiert.

Die Berücksichtigung der vielfältigen Interessenlagen wird im Lauf der gesellschaftlichen Veränderungen zunehmend wich-

tig hinsichtlich Zukunftsfähigkeit, Repräsentativität und Mitgliedererwerb.

Strategien der Europäischen Union

In der Europäischen Union (EU) konzentrierte sich die Antidiskriminierungspolitik zunächst am stärksten auf den Bereich der Geschlechterdiskriminierung, dann auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Für beide Bereiche gibt es Richtlinien zum Diskriminierungsschutz auch im zivilrechtlichen Bereich. Keine expliziten zivilrechtlichen Richtlinien gibt es für die Merkmale Alter, Behinderung, sexuelle Identität, Religion und Weltanschauung – dafür aber eine Ausweitung des Merkmalskatalogs in der arbeitsrechtlichen Richtlinie.

Noch deutlicher als im deutschen AGG ist der Diversity-Ansatz in Artikel 21 der im Jahr 2000 in Nizza verabschiedeten Charta der Grundrechte der Europäischen Union erkennbar, in welcher der Merkmalskatalog möglicher Diskriminierungsfälle deutlich ausgeweitet wurde:

„(1) Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“

In ihrem Grünbuch von 2004 zur Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen fordert die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten auf, eine integrierte und nicht hierarchische Antidiskriminierungspolitik voranzutreiben. Es werde anerkannt, dass verschiedene Gruppen sich mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert sehen, die integrierte Vorgehensweise beruhe jedoch auf der Voraussetzung, dass

Gleichbehandlung und Achtung vor der Vielfalt im Interesse der Gesellschaft insgesamt sind.

Informationen über EU-Projekte bietet die Internetseite: www.stop-discrimination.info.

Diversity: Kritik und Chancen

Um einer differenzierten Sichtweise gerecht zu werden, muss vorerst zwischen einem Konzept an sich und dessen Umsetzung unterschieden werden.

Während die Zielorientierung von Wirtschaftsunternehmen in der Profitmaximierung liegt und „Vielfalt leben“ hier ein Mittel zur Wertsteigerung ist, verstehen Non-Profit-Organisationen im Kontext sozialer Gerechtigkeit Diversity als Beitrag zur Chancengleichheit, indem sie gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen zum Thema machen.

Diversity-Strategie kann also – je nach ökonomischer oder sozialer Logik - beides sein. Demnach gibt es auch keine einheitliche Definition von Diversity und keinen Konsens hinsichtlich des Umgangs mit Vielfalt.

Der Befürchtung, eine Politik der Verschiedenheit birgt das Risiko, dass spezifische Bedürfnisse benachteiligter Gruppen in einem übergeordneten Konzept nicht mehr in ihrer Besonderheit wahrgenommen werden oder der Aspekt Gender durch Diversity Mainstreaming relativiert wird, müsste mit einer hoch qualifizierten Koordination der Aufgabenfelder begegnet werden (Managing Diversity).

Die Chancen einer ganzheitlichen Betrachtung von Diskriminierungsmerkmalen liegen vor allem in einer effektiveren Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierungen, zum Beispiel der Diskriminierung älterer Frauen mit Behinderung und Migrationshintergrund. Hier muss es darum gehen, zu Grunde liegende Diskriminierungsmuster und den Wirkungsmechanis-

mus abwertenden Verhaltens der von der „Norm“ abweichenden Menschen herauszustellen.

Der Aspekt Gender muss ohnehin bei allen Diskriminierungsmustern mitgedacht werden.

Diversity Mainstreaming erlaubt eine kritische Beleuchtung sozial konstruierter Differenzen und Hierarchien, die zu Ausgrenzung und Unterdrückung führen.

Die bisherigen Antidiskriminierungsstrategien, die vorrangig auf Integration abzielen, stellen den Referenzrahmen des Normalen nicht in Frage (das Fremde wird integriert und Teil der Normalitätskultur), so wie monokulturelle Organisationen darauf zielen, dass sich die Individuen an die vorherrschende Kultur anpassen.

Im Gegensatz dazu passt die multikulturelle Organisation ihre Organisationskultur an die Unterschiedlichkeiten ihrer Mitglieder an – der Referenzrahmen wird bei einer Politik der Vielfalt gemeinsam bestimmt, in Form eines verbindlichen Werterahmens (Leitbilder).

Fazit und Ausblick

Bisher gibt es wenig Erfahrung, die als Sonderthemen behandelten Zielgruppenprobleme zum durchgehenden Thema in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu machen - organisatorisch und inhaltlich nicht mit isolierten Ansätzen (z. B. Frauengleichstellungsstelle, Seniorenbeirat, Behindertenbeirat etc.), sondern mit gemeinsam zu entwickelnden Strategien und Instrumenten zu arbeiten.

Praktische Erfahrung gibt es etwa aus einzelnen Vernetzungen der Altenhilfe und Migrationsarbeit zur kultursensiblen Altenhilfe. Es gilt, Gesamtzusammenhänge zu erkennen, Sensibilität, Kreativität, Offenheit, Toleranz und Reflexivität zu schulen, Stereotypenbildung und Dominanzkultur abzubauen,

Lernprozesse anzustoßen und konstruktiven zwischenmenschlichen Umgang zu fördern.

Die Umsetzung erfordert eine Diversity-Reife, die den Anspruch beinhaltet, individuelle Andersartigkeit zu akzeptieren und damit umzugehen.

Diversitätspolitik sieht Vielfalt als Bereicherung und Chance, erkennt aber nicht, dass diese Vielfalt auch Risiken in sich trägt und daher Management erfordert.

Die Entwicklung eines Inklusion fördernden gesellschaftlichen Klimas setzt transparente, gleichwertige Kommunikationsstrukturen und Netzwerke voraus.

Das AGG könnte weiterer Anlass für Betroffenenverbände und Organisationen sein, sich unter der Diversity-Perspektive zielgruppenübergreifend zu vernetzen und von den jeweiligen Arbeitsansätzen zu lernen.

Berücksichtigung von Vielfalt ist ein hoch komplexer Veränderungsprozess und immer auch eine Gratwanderung zwischen Betonung von Gemeinsamkeiten und Betonung von Unterschiedlichkeiten, bei der die Gefahr, Unterschiede zu verwischen, minimiert werden muss.

Größte Herausforderung für die Umsetzung im gesellschaftspolitischen Bereich ist die Entwicklung eines strategischen Gesamtkonzepts.

Eine gelungene Umsetzung hätte nach Ansicht des Diversity-Experten Andreas Merx weitgehende Vorteile:

„Alle Menschen haben ein Geschlecht, werden älter oder erreichen ein Lebensalter, in dem es wahrscheinlicher wird, körperlich eingeschränkt oder behindert zu sein. Die integrale Perspektive eines Diversity-Ansatzes kann daher besser verdeutlichen, dass Antidiskriminierungspolitik keine Minderheitenpolitik ist, sondern eine an verbesserten Zu-

gangschancen für alle Bürgerinnen und Bürger orientierte Bürger- und Menschenrechtspolitik darstellt. Gesellschaftspolitisches Ziel einer solchen an Diversity orientierten Antidiskriminierungspolitik muss in einer von zunehmender Vielfalt geprägten Gesellschaft ein weltoffenes Deutschland sein, in dem alle Menschen gemäß dem berühmten Wort von Adorno "ohne Angst verschieden sein" können. Nur auf dieser Grundlage kann eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung der vorhandenen gesellschaftlichen Vielfalt als Reichtum und Chance entstehen.“

Quellen:

Dr. Peter Döge: Von der Antidiskriminierungsarbeit zur produktiven Gestaltung von Vielfalt

Andreas Merx: Von Antidiskriminierung zu Diversity: Ansätze in der Praxis

Hubertus Schröer: Vielfalt gestalten – Kann Soziale Arbeit von Diversity-Konzepten lernen?

Constance Ohms, Christina Schenk: Diversity – Vielfalt als Politikansatz in Theorie und Praxis: Von einer Zielgruppenpolitik hin zu einer „Politik der Verschiedenheit“

Beiträge aus: www.diversity-boell.de / www.ungleich-besser.de ; www.diversity-potential.de

Chancengleichheit – Zwischen Wunsch und Realität

Maik Nothnagel

Als wir im November 2005 in Oberhof, am Ende der 5. Behindertenpolitischen Konferenz der damals noch PDS über die nächste, die 6. Behindertenpolitische Konferenz diskutierten, konnten wir nicht ahnen, dass es in der Zwischenzeit große Veränderungen für die PDS und die Selbstbestimmte Behindertenpolitik geben wird.

In Oberhof waren wir davon ausgegangen, dass wir 2007 über das Menschenbild, das Behindertenbild, pränatale Diagnostik, embryonale Stammzellenforschung und Forschung im Zusammenhang mit dem Verwertbarkeitsgedanken diskutieren wollten.

Wir wollten auch darüber diskutieren, was ist ein Mensch wert und wer legt das fest? Oder, wie gehen wir mit dem immer mehr aufkommenden Rechtsextremismus um?

Wir wollten dann damit im Zusammenhang an den Umgang mit Euthanasie erinnern und deshalb die nächste Konferenz mit der damaligen Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommerns, Dr. Marianne Linke (PDS), in Alt Rehse durchführen, an einem historischen und Gedenkort.

Es ist nun einiges passiert.

Dass die PDS in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr an der Regierung beteiligt ist und wir somit auch keine Sozialministerin mehr haben und das die PDS, so wie es sie einmal gab, nicht mehr existieren würde war so noch nicht zu sehen.

Nun ist aus der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik beim Bundesvorstand der PDS die AG der LINKEN geworden. Dies ist nicht nur ein anderer Namen, nein es ist auch eine andere AG geworden.

Wir waren übrigens die ersten, also noch vor dem Zusammenschluss der WASG und PDS zur LINKEN, die ihre Strukturen gebündelt haben und zusammenarbeiteten, unter einen Dach. Das war nicht immer leicht und ist es auch heute nicht, aber solange es einen produktiven „Streit“ gibt, gibt es dagegen nichts ein zu wenden. Hierbei meine ich die Arbeit innerhalb der AG.

Was mir jedoch mittlerweile richtig Sorgen macht ist die Stellung der Behindertenpolitik innerhalb der Linken. Im Programm der PDS war die Behindertenpolitik eindeutiger untersetzt und das „Selbstbestimmte Leben behinderter Menschen“ war so verankert, wie wir behinderte Menschen es uns vorstellen und auch leben wollen. Hier war der Ansatz der **Inklusion** zu erkennen.

Im Programm der LINKEN ist es leider nicht mehr so eindeutig zu erkennen und es ist ein Rückschritt für uns behinderte Menschen.

Ich hoffe dass unser Einfluss wieder stärker wird und wir die Formulierungen der PDS ins Programm der LINKEN, plus der Hinweise aus unserer Konferenz, umsetzen können.

Also, die 6. Behindertenpolitische Konferenz fand nun nicht in Mecklenburg-Vorpommern, in Alt Rehse, statt, sondern in Sachsen, in der Oberlausitz, in Rohenburg, im Martinshof.

Dass dieser Tagungsort leider im Vorfeld schon zu einigen Diskussionen führte finde ich persönlich sehr schade. Denn genau dieser Ort mit seiner über 100 jährigen Geschichte im Umgang mit behinderten Menschen empfand ich als sehr angenehm und es zeigte doch in einer sehr deutlichen Art und

Weise, wie sich der gesellschaftliche Umgang mit behinderten Menschen verändert hat.

Natürlich verstehe ich auch unsere Genossinnen und Genossen aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen usw., dass Sie eine lange und beschwerliche Anreise hatten, aber ich glaube an kaum einen anderen Ort in der Bundesrepublik Deutschland hätten wir das so, auch mit der DDR - Spezifik, erleben können.

Das waren dann doch die auf sich genommen Strapazen, so finde ich es, wert.

Unserem ursprünglichen Thema sind wir im Großen und Ganzen treu geblieben. Das nun noch Chancengleichheit hinzugekommen ist, liegt in der Natur der Sache: im Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007.

Nach diesem kleinen Abriss zwischen den beiden Konferenzen, der für mich nicht unwichtig ist, weil im Alltagsgeschäft auch viele Dinge einfach untergehen, möchte ich nun auf die Chancengleichheit eingehen.

Ich tue dies als ein behinderter Mensch, als ein Sozialpädagoge, als ein Peer Counselor (Behindertenberater) und als behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Inklusion

Ein Thema, welches nach wie vor sehr aktuell und hoch politisch ist, ist die integrative Beschulung, die mir als Behindertenpolitiker nicht weit genug geht und aus meiner Sicht „Schnee von gestern“ ist, denn wir Behindertenpolitiker gehen von der **Inklusion** aus und haben die „verhasste“ Integration schon lange hinter uns gelassen.

Jedoch ist der Rest der Welt noch lange nicht so weit und hält sich mit den Dingen auf, die doch schon lange Geschichte sind.

Integration ist die Begrifflichkeit aus dem UNO - „Jahr der Behinderten“, 1981, das in der DDR übrigens „Jahr der Geschädigten“ hieß.

Wir hatten 2003 das „Europäische Jahr der Behinderten“ mit dem Leitgedanken der Barrierefreiheit, der Teilhabe und der Selbstbestimmung.

Das Jahr 2007 ist das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“! Chancengleichheit auch für Menschen mit Behinderungen, d.h. die Forderungen des „Jahr der Behinderten“ endlich auch in Deutschland umsetzen. Dies geht weit über Integration hinaus. Wir fordern **Inklusion!** Was bedeutet nun die **Inklusion?**

Inklusion – als Synonym für »volle gesellschaftliche Teilhabe« gebraucht – ist nach Auffassung des UNO-Komitees für die Rechte des Kindes:

„ein niemals endender Prozess, bei dem Kinder und Erwachsene mit Behinderung die Chance bekommen, in vollem Umfang an allen Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die auch nicht behinderten Menschen offen stehen. Inklusion bedeutet, Kinder mit Behinderung in der Schule zu erziehen, die sie besuchen würden, wenn sie keine Behinderung hätten“ (Quelle: UNESCO-Dokumentation 1997).

Integration hat aus meiner Sicht ein großes Problem, es bedeutet doch, dass die behinderten Menschen nicht Teil der Gesellschaft sind. Sie müssen erst hereingeholt werden, d.h. integriert.

Ich habe mich nie außerhalb der Gesellschaft gesehen, empfunden habe ich es leider öfters. Das drückt sehr deutlich auch der Spruch der „Aktion Mensch“ aus – *„Ich bin nicht behindert, ich werde behindert!“* Das Problem welches ich mit Integration und nicht nur ich damit habe, ist, das ein Machtverhältnis in der Integration vorhanden ist. Nämlich das der Nichtbehinderten gegenüber dem Behinderten! Sie legen fest, oder anders

ausgedrückt, sie bestimmen in wie weit wir in und wohin in die Gesellschaft dürfen.

Sehr deutlich wird es doch dann wenn wir über das Thema Schule und Sonderschule reden. Wissenschaftler, Sonderpädagogen, Wohlfahrt und Bildungspolitiker haben diese Struktur geschaffen und halten zum großen Teilen auch noch daran fest.

UN-Inspektor Vernor Munoz legt mit seinem Bericht den Finger in die richtige Wunde. Kinder mit Behinderungen müssen in die Regelschulen. Die Sonderschulen sind voll von Kindern, die dort nicht sein müssten. In der pädagogischen Fachdebatte ist unumstritten, dass integrativer Unterricht nicht nur für behinderte Kinder, sondern auch für Kinder ohne Behinderungen von Vorteil ist.

Modellversuche zeigen, dass auch an Gymnasien eine integrative Beschulung erfolgreich sein kann.

Es ist beschämend, dass das von den Bundesländern gestaltete deutsche Schulsystem Kinder mit Behinderungen systematisch in die Sonderschulen verweist. Von Chancengleichheit kann hier keine Rede sein.

2007 ist nun Jahr der Chancengleichheit - was hat es uns bis jetzt konkret gebracht?

Es hat einige Jubelveranstaltungen gegeben, Behindertenverbände durften Kritik üben – und sonst? Da gab es ja noch die UN Konvention *„zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderungen“* – vom 13. Dezember 2006!

Deutschland leistete seine Unterschrift bereits am 30. März und wollte damit ein klares Signal für die Gleichberechtigung behinderter Menschen setzen.

Nun ist der Bundestag und Bundesrat dran, das Übereinkommen noch in diesem Jahr, dem Europäischen Jahr der Chan-

cengleichheit, ohne Vorbehalt zu ratifizieren. Das internationale Vertragswerk hat auch erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Gesetzgebung.

So sind etwa in Deutschland das mangelnde integrative Bildungsangebot und der für behinderte Kinder übliche Weg in die Sonderschule mit der UN-Konvention nicht vereinbar.

In der Konvention heißt es in Artikel 24 (Bildung):

"... Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Grundschulunterricht und einer entsprechenden Sekundarschulbildung haben ..."

Nach Angaben der Lebenshilfe lernten jedoch im Jahr 2003 deutschlandweit weniger als drei Prozent aller geistig behinderten Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern, über 97 Prozent der geistig behinderten Kinder besuchten damit eine Sonderschule.

Das föderale Schulsystem führt obendrein dazu, dass ein geistig behindertes Kind im Bundesland A schlechtere Chancen auf eine integrative Beschulung hat als ein Kind im Bundesland B.

Ich als Behindertenpolitiker fordere daher für Eltern behinderter Kinder ein bundesweit gültiges Schul-Wahlrecht und ein Schulgesetz, welches die Interessen aller regelt.

Es muss eine Schule für Alle geben und das bundesweit einheitlich geregelt. Es muss endlich Schluss mit der Kleinkarriertheit sein, die sich hinter dem Föderalismus versteckt.

Das ganze undurchschaubare, ausgrenzende und diskriminierende Schulsystem in Deutschland geht nur zu Lasten der Kinder, der Eltern und Pädagogen haben damit mit Sicherheit auch keine Freude mehr.

Der sonderpädagogische Förderbedarf, auf den ein Kind mit Behinderung einen Anspruch hat, muss dann in der Schule umgesetzt werden, in die das Kind auf Elternwunsch hin aufgenommen wird. Im Kindergarten wird dies heute schon vielerorts mit Erfolg praktiziert.

Ich möchte nun in folgendem näher auf dieses Thema eingehen, indem ich mich auf eine Fachtagung meiner Fraktion beziehe.

Damit bekenne ich, dass der ganze Beitrag nach der 6. behindertenpolitischen Konferenz und der Fachtagung im Landtag von mir verfasst wurde.

Weil ich glaube, dass das Folgende das Gesamtthema bereichert, habe ich die Fristsetzung für einen Beitrag für die Broschüre bis an die äußerste Grenze ausgenutzt.

Ist die Förderschule überflüssig?

Mit dieser Frage beschäftigte sich die Linke bei ihrer Fachtagung am 25. September im Thüringer Landtag. Unter den geladenen Gästen befanden sich Eltern, Lehrer, Sonderpädagogen, Politiker und Interessierte.

Der Saal war gut gefüllt und das Podium ließ auf eine interessante Veranstaltung schließen. Neben Vertretern aus Politik und Wissenschaft war auch ein Vertreter einer Förderschule angetreten, um über das Thema zu diskutieren.

Kant charakterisiert das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben einer Bevölkerung als Folge der Gesellung gesellungsbedürftiger Ungeselligkeiten.

Das heißt etwas einfacher ausgedrückt; in einer Gesellschaft muss ein Jeder auch mit Menschen zusammenleben, mit denen er vielleicht eher nicht zusammenleben möchte.

Der wichtigste Punkt hierbei ist, das miteinander Auskommen. Dies zu lernen ist somit entscheidend für die Stabilität einer Gesellschaft.

Umso verwunderlicher wirkt es nun, wendet man den Blick von der Theorie in die Praxis. Von der Grundschule bis zur Universität findet, wie selbstverständlich, eine Segregation der Menschen statt.

Erklärungen gibt es dafür kaum – im Gegenteil, derjenige, welcher eine **Inklusion** aller Menschen anstrebt kommt in Erklärungszwang. Doch sollte eben genau dies nicht geschehen. **Inklusion** ist in der Theorie die Normalität, in der Praxis jedoch weit davon entfernt.

Diesen Bruch zu verdeutlichen und erste Schritte hin zu einer Überwindung zu tätigen, war das Anliegen der Redner der Fachtagung. Anlass hierfür war unter anderem der von der Landtagspartei DIE LINKE neu erarbeitete Entwurf eines Schulgesetzes. Wie schwierig das Thema ist, wird an den Aussagen des Hamburger Professors Hans Wocken deutlich.

Auf der einen Seite gebietet die theoretische Konsequenz die Abschaffung aller Sonder/Förderschulen. Da dies momentan jedoch politisch nicht durchsetzbar ist, plädierte er im weiteren Verlauf der Tagung „jedenfalls“ für „eine Grundschule für Alle“.

In einem ähnlichen Spannungsfeld ist die Kritik Wockens an dem Gesetzentwurf der LINKEN zu sehen. An vielen Stellen geht dieser ihm nicht weit genug, gerade weil er darauf ausgelegt ist, was politisch machbar ist. *„Mit diesem Gesetzentwurf könnten sie ohne Probleme eine Koalition mit der CDU eingehen“*, so Wocken.

Die Frage, ob Förderschulen überflüssig sind, kann somit zwar theoretisch mit einem klaren JA beantwortet werden, jedoch muss sie verneint werden, wenn die aktuellen Strukturen nicht entsprechend verändert werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung fasste ich als Behindertenpolitiker die Problematik nochmals zusammen und erweiterte sie durch eine individuelle Schilderung meiner Erfahrungen mit Förderschulen.

Dies rundete die Konferenz ab und brachte das Wichtigste wieder in den Mittelpunkt, das Subjekt – den jeweils individuell verschiedenen Menschen.

Wie diese kurze Zusammenfassung zeigt,

sind wir in unserem Alltag noch weit entfernt von Chancengleichheit, Gleichstellung und Antidiskriminierung.

Es zeigt mir aber auch, dass wir in den letzten Jahren einiges erreicht haben und noch viel zu tun bleibt. Es zeigt den Paradigmenwechsel der Behindertenpolitik von der Fürsorge zur Teilhabe. Offensichtlich bleibt auch, wie schwierig es ist, gewachsene Strukturen aufzubrechen, zu verändern und die Menschen mitzunehmen.

Chancengleichheit war und ist ein wichtiges Schlagwort in diesem Jahr, es hat nicht unseren Alltag verbessert, wer das glaubt, ist ein Träumer. Ich bin kein Träumer, aber ein Behindertenpolitiker der LINKEN der seine Visionen noch hat.

Das Jahr der Chancengleichheit 2007 war genauso wichtig, wie das Jahr der Behinderten 2003 um mit einigen kleinen und großen Aktionen und Veranstaltungen die „Graue Masse“ ein wenig auf uns und unsere Probleme aufmerksam zu machen.

Ansonsten gilt der Grundsatz den wir die letzten Jahre ganz gut praktiziert haben – *„Steter Tropfen höhlt den Stein“*. Damit werden wir nicht die Revolution auslösen, das wird auch nicht funktionieren, bei der Trägheit, Selbstgefälligkeit und Desinteresse der „Massen“.

Mit der Chancengleichheit ist es vielleicht so, wie ich es am Anfang beim Martinshof festgestellt habe.

Es gibt Veränderung und Wandel zum Positiven, wie an der 100 jährigen Geschichte des Martinshofes gut nachzuvollziehen ist.

Es gibt auch Verbesserung und mehr Chancengleichheit für behinderte Menschen. Denn allzu lange sind die Zeiten der Anstalten vor den Toren der Stadt mit den Massenschlafsälen nicht her.

Ich hoffe, dass dies endlich Geschichte ist und dass wir für mehr Chancengleichheit und Gleichstellung mit noch 30 Jahre brauchen.

Eines ist aber ziemlich klar, von alleine wird sich nichts verbessern. Da müssen wir uns noch ganz schön bewegen innerhalb der LINKEN, aber auch innerhalb der Behindertenbewegung.

Ich denke da vor allen an die Bündelung der Kräfte und das wir es endlich mal hinkriegen unsere behinderungsbedingte Spezifik beiseite zu stellen und dem Menschenrechtsgedanken vorn anzustellen.

Die Glocken der kleinen Kapelle überschlugen sich beinahe in ihrem Läuten.

Die Andacht ist vorbei und die Bewohner des Martinshofes geben der Pastorin die Hand beim Verlassen.

Unter ihnen sind Rollstuhlfahrer, ältere Menschen mit Gehhilfen und Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Insgesamt leben hier 300 Personen.

Inmitten dieser, fand vom 14. bis 16. September die 6. Behindertenpolitische Konferenz der Partei DIE LINKE statt.

Vertreter aus 10 Landesverbänden kamen in Rothenburg (Oberlausitz) zusammen, um über das Thema: *„Chancengleichheit Menschenbild und Gesellschaftsentwurf“* zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand die Frage:

„Ist eine menschlichere Gesellschaft möglich?“

Unter den Schlagworten Solidarität und Inklusion standen die Redebeiträge des zweiten Sitzungstages. Als Zeichen dafür standen die Referate des Martinshofer Diakons Andreas Drese und des emeritierten Hallenser Professors Ernst Luther. Während erster ein Zitat von Marx an den Anfang seiner Rede stellte, leitete zweiter mit einem Bibelzitat ein.

Sinnbildlich für dieses Spannungsfeld steht auch der thüringische Landtagsabgeordnete Maik Nothnagel, der vor seinem Eintritt in die Linkspartei im Januar 2006 eine Ausbildung zum Diakon fast absolvierte.

„Eine Gesellschaft entspricht einem Gebäude, welches zusammenfallen würde, wenn die einzelnen Steine sich nicht gegenseitig stützen würden“, so zitierte Professor Luther Seneca.

So gesehen entspricht die Durchsetzung von Chancengleichheit auch einer Stärkung der Gesellschaft insgesamt. Soweit die Theorie.

Doch dass die Praxis durchaus schwieriger ist war schon in der folgenden Diskussion zu spüren. Während eine Kante vor einer Ladentür für einen Rollstuhlfahrer eine Barriere darstellt, dient sie einem Menschen mit Sehbehinderung als Orientierung.

An dieser Stelle kann ohne die beschriebene Solidarität keine Lösung erzielt werden. Diese muss auch und vor allem unter den behinderten Menschen immer wieder erneuert werden.

Im weiteren Verlauf der Konferenz ging es vor allem darum, das politische Engagement für Menschen mit Behinderung noch weiter zu tragen, als das bisher bereits geschah. Konkret heißt das, dass die bestehende UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen auch in voller Gänze umgesetzt wird, dass Chancengleichheit und das Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht werden.

Kurz: Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen.

Diese Forderungen gegenüber der Partei und darüber hinausgehend gegenüber der Gesellschaft werden so lange eingeklagt werden, bis eine Normalität erreicht sein wird, welche diese Sachverhalte als gegeben vorfindet.

Die Konferenz endete mit einem gemeinsam erarbeiteten Papier, welches in einem langen und zähen Prozess entstand. Es wird kurze Forderungen an den Parteivorstand der Linken geben und eine etwas längere und erklärende Broschüre über einzelne Fachbeiträge der Referenten und Diskutanten.

Behindertenpolitische Programmpunkte der Partei DIE LINKE

Die AG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE. formulierte auf ihrer 6. Behindertenpolitischen Konferenz, die vom 14. – 16. September 2007 in Rothenburg an der Neißة stattfand, grundlegende Aussagen zu ihrem Politikfeld, mit denen sie die Programmdebatte der neuen Partei bereichern will. Sie werden der Programmkommission und der interessierten Fachöffentlichkeit zur Kenntnis gegeben:

- *Behindertenpolitik war und ist ein wichtiger Bestandteil der emanzipatorischen Politik der Partei DIE LINKE. Das muss auch in Zukunft so bleiben.*
- *Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfaßt. Ihr Charakteristikum besteht darin, daß sie die konkrete Lebenssituation von Menschen mit körperlichen, geistigen und/oder Sinnesbeeinträchtigungen, chronischen und/oder psychischen Erkrankungen sowie deren Angehöriger, Assistenten, Pflegenden und ständigen Helfer zum Ausgangs- und Zielpunkt konzeptioneller Gesellschaftsentwicklung, praktischer Politik und alltäglichen Verwaltungshandelns macht.*
- *Behindertenpolitik erscheint im Alltagsbewußtsein als „Minderheiten-Politik“. DIE LINKE. ist sich aber bewußt, daß davon rund 25% der Bevölkerung betroffen sind.*
- *DIE LINKE. legt ihrer Politik ein Menschenbild zugrunde, das die Unantastbarkeit der Menschenwürde und Chancengerechtigkeit für die freie Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Menschen garantiert.*

- *Emanzipatorische Politik folgt einer Ethik der Nichtausgrenzung. Das schließt gegenseitige Achtung verschiedener Minderheiten, Solidarität untereinander und Offenheit für andere Lebensentwürfe ausdrücklich ein.*
- *Wir fordern Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit für jeden Menschen mit und ohne Behinderungen. Die UNO-Menschenrechtskonvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vom Dezember 2006 bietet dafür eine gute, völkerrechtliche Basis, die DIE LINKE. ausdrücklich annimmt.*
- *DIE LINKE setzt sich für politische Rahmenbedingungen ein, in denen Barrierefreiheit in allen Bereichen geschaffen wird und so volle Teilhabeermöglichung und freie Persönlichkeitsentfaltung eine solide Basis finden.*
- *Um diese emanzipatorischen Ziele – volle Teilhabeermöglichung und freie Persönlichkeitsentfaltung für Menschen mit und ohne Behinderungen – zu erreichen, genügt rein formale Gleichstellung nicht. Vielmehr müssen behinderungsbedingte Nachteile ausgeglichen werden.*
- *Der Selbstvertretungsanspruch behinderter Menschen auf allen Ebenen findet in der Partei DIE LINKE. auch weiterhin volle Unterstützung.*

Die erste Behindertenpolitische Konferenz der neuen Partei wies nach, daß behinderte Menschen in unserer Partei das öffentliche Ansehen unserer linken Politik stärken. Deshalb stellt sie sich bewußt in die Tradition der vorangegangenen Konferenzen und setzt deren Zählung fort.

Das Ansehen, das wir innerhalb der Partei genießen – es äußerte sich nicht zuletzt in der Wahl von Irene Müller in den Parteivorstand –, verstehen wir als Anerkennung für unsere

bisherige Arbeit. Wir werden sie uns auch zukünftig immer wieder neu erarbeiten.

Nach außen genießt die Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE. insbesondere durch ihre Abgeordneten auf Bundes- und Länderebene sowohl programmatisch als auch personell hohes Ansehen in der Behindertenbewegung. Diesen Vorsprung gegenüber allen anderen Parteien wollen wir weiter ausbauen.

Dieses Arbeitsergebnis der 6. behindertenpolitischen Konferenz der AG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE. wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern formuliert. Der Sprecherrat ist beauftragt, es dem Parteitag, dem Parteivorstand, der Programmkommission und der allgemeinen Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben. Das geschieht hiermit. Wir verbinden damit die Erwartung, daß unsere Positionen in das Programm der neuen Partei einfließen und daß die interessierte Öffentlichkeit uns daran mißt.

Berlin, 19. September 2007

Die Autoren

Susanne Baumstark

Referentin für Behinderten- und Seniorenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Kerstin Lauterbach, MdL

Gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE Sachsen

Prof. Dr. Ernst Luther

emeritierter Professor, ehemaliger Lehrstuhlinhaber des 1. Lehrstuhls für Ethik in der Medizin, Halle/Sa.

Irene Müller; MdL

Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern; Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE ; Mitglied des Sprecherrats der AG

Maik Nothnagel, MdL

Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Britta Pietsch

Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE

Christian Schröder

Sprecher des Sprecherrats der AG

Dr. Ilja Seifert, MdB

Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Ralf Sondermeyer

Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Hagen (NRW)
Mitglied des Sprecherrats der AG

Carola Stange

Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Soziales der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

